

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

57 (8.3.1913) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Ingeheftet monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 1,00 M.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr.
Postschektkonto Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 A. Zeitschriftenrate billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Der Rüstungswahnsinn.

Karlsruhe, 8. März.

Deutschland hat wieder einmal das Signal zum Wettrennen gegeben und nun rast der Tollwahn über ganz Europa hin. Ist denn die Menschheit verrückt geworden? Soll könnte man glauben. Als im Jahre 1909 das deutsche Volk um eine halbe Milliarde geschöpft wurde, das deutsche Volk wurde nun auf längere Zeit Ruhe haben und von neuen großen Opfern für den Militarismus verschont bleiben. Und nun kommt eine Rüstungswahnsinn, die alle bisherigen in bezug auf Umfang und Kosten weit hinter sich läßt. Eine Milliarde einmaliger fortlaufenden Ausgaben.

Und der Effekt? Keiner anderer, als daß die anderen europäischen Großstaaten dasselbe machen, so daß man dem Stärkeverhältnis de facto nichts geändert wird. Frankreich kehrt zur dreijährigen Dienstzeit zurück, ohne dadurch das deutsche zahlenmäßige Uebergewicht auszugleichen zu können, der Zweck dieser Uebung ist lediglich die Armeekorps an der deutschen Grenze auf Kriegsstärke zu bringen. Dabei weiß kein Mensch, ob es überhaupt möglich sein wird, im Ernstfalle diese Millionenarmeen überhaupt marschieren lassen zu können, denn die praktische Probe aufs Exempel ist ja glücklicherweise noch nicht gemacht worden. Es ist sogar mehr als fraglich, ob diese Millionenarmeen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat, mobilisiert werden können. Das eine ist jedenfalls sicher, daß wenn man diese Millionenarmeen eines Tages aufmarschieren läßt, die Volkswirtschaft der europäischen Staaten in ihren Grundfesten erschüttert und Europa in die größte Katastrophe stürzt, welche die Weltgeschichte kennt. Und warum das alles? Ja, wenn man darauf nur eine halbwegs vernünftige Antwort geben könnte. Aber das kann man eben nicht. Ein Krieg zwischen den europäischen Großstaaten kann — er mag ausfallen wie er will — keinen der daran beteiligten Staaten irgend einen Vorteil bringen. Die volkswirtschaftlichen Beziehungen der Völker, insbesondere derjenigen der europäischen Großstaaten, sind derartig in- und miteinander verflochten, daß kein Staat dem andern größeren Schaden zufügen kann, ohne seine eigene Volkswirtschaft sehr empfindlich damit zu treffen. Der Krieg zwischen den europäischen Großstaaten wäre ein Verbrechen, weil er ebenso sinn- als zwecklos wäre. Es ist nicht wahr, daß die ans fabelhafte grenzenden Rüstungsausgaben eine Prämie zur Erhaltung des Friedens ist. Die das behaupten, haften mit ihrem Urteil an der Oberfläche, haben sich noch nie eingehend mit dem Problem des Weltkrieges beschäftigt. Das gerade Gegenteil dieser Behauptung ist wahr. Dieses wahnsinnige Wettrennen führt entweder zum finanziellen und volkswirtschaftlichen Bankrott der daran beteiligten Staaten — oder aber zum Krieg. Ein drittes ist ausgeschlossen. Darüber muß jetzt endlich Klarheit geschaffen werden. Der bewaffnete Friede kostet heute die europäischen Staaten schon so viel, wie ein verlorenen Krieg. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die schicksalshere Frage: Wo soll das hinaus? kam mit patriotischen Phrasen nicht beantwortet werden. Das sieht man nachgerade auch in bürgerlichen Kreisen ein, wenn man dort auch noch nicht den Mut hat, der Wahrheit die Ehre zu geben und dem Wahnsinn die Vernunft entgegenzustellen. So schreibt das führende Organ der bayerischen Zentrumsparlei, der „Bayer. Kurier“:

Der Militarismus frisst uns. Nur mit Bangen kann der wahre Vaterlandsfreund die Frage sich vorlegen: wohin soll das führen? Heute kosten uns fünf Jahre Frieden so viel oder mehr als ein verlorenen Krieg von gestern. Der wahre Patriot bringt gerne Opfer für die Sicherheit des Vaterlandes. Aber nunmehr liegen die Verhältnisse bald so, daß der echte Patriotismus sich die tiefste Frage vorlegen muß: „Kann dieses uralte Rüstungswettrennen noch lange so weitergehen?“ Ist die Unruhe, die Unzufriedenheit, die Gärung, welche dieses unausgesetzte, künbliche, immer mehr und mehr forcierte Anziehen der Steuerstränge in allen Schichten der Bevölkerung erzeugt, schließlich nicht ein gefährlicherer Feind des Vaterlandes als jeder auswärtige Gegner? Wird nicht so Jahr für Jahr von den Regierenden der Boden frisch gedüngt, aus dem die Sozialdemokratie, der Anarchismus, die Revolution herauswächst? Ist da nicht schließlich eine plündernde Explosion der europäischen Spannungen der Steuerpolitik ohne Ende vorzuziehen? Wenn es wäre, wenn das Parlament einmal wieder bremsen würde aus Patriotismus, aus wohlverstandener und wohlbedachter Liebe zur Nation ohne Angst und Bangen vor der Entfesselung der Kurvenstimmung! Reich und Bundesstaaten hängen auf dieser schiefen Ebene unaufhaltbar in die Tiefe.

Auch badische Zentrumsblätter äußern sich in ähnlichem Sinne. So schreibt der „Freib. Bot“:

Es soll hier nicht weiter untersucht werden, ob nicht unsere Regierung den ersten Anstoß zu diesen ungeheuren Rüstungen gegeben hat und erst als Antwort ungeheurer Rüstungen anderer Länder gefolgt sind, die Sache darauf die Rüstungen anderer Länder gefolgt sind, die Sache ist nicht mehr zu ändern und mit einem altem „Rein“ wird

man über die Vorlage nicht mehr hinwegkommen, aber nun der Freude über diese neueste Schröpfung unseres Volkswagens, die man mit einer etwas weniger lobalen aber richtigen Bezeichnung auch „Vervulverung“ nennen könnte, hingeben, hätten wir auch nicht für angebracht, Wägen die Blätter der verschiedenen Richtungen auch von einem fremden Opfer des Volkes sprechen, so sehr weit her ist damit doch nicht, und mancher fragt sich in seinem beschränkten Untertanenverstand, gibts denn kein Ende mehr?

Angenommen einmal, die Forderungen werden in ihrer ganzen Höhe bewilligt, was dann? Andere Länder, die in Folge ihres Reichthums leichter gleiche Summen bewilligen können, stehen uns doch wieder ebenbürtig entgegen. Unser Volkswagen aber hat ein bedeutendes Loch bekommen. Jeder wird zunächst darauf bedacht sein, seinen zum sammengeschöpften Geldbeutel möglichst bald wieder zu seiner früheren Füllung zu versehen. In erster Linie wird sich auch ganz von selbst schon durch den bedeutend gesteigerten Geldmangel und die entsprechend erhöhte Nachfrage nach Geld ergeben. Das ist eine ganz natürliche Erscheinung. Eine ebenso sichere Folge davon ist aber auch eine Verteuerung zunächst in allen Gewerben, die mit fremdem Kapital arbeiten und dann weiterhin eine Preissteigerung überhaupt. Die Zeiten sind eher gewiß so, daß man derartige Erscheinungen nicht ohne dringende Not heranzurufen sollte. Dazu kommt noch ein weiteres, wenn auch weniger wichtiges Moment. Durch die Preissteigerung werden unserer Volkswirtschaft Tausende der besten Arbeitskräfte entzogen, die schwer erzielbare Löhne im Wirtschaftsleben hinterlassen. Am nachtheilhaftesten wird dabei unsere ohnehin schon unter dem Mangel geeigneter Arbeitskräfte so schwer leidende Landwirtschaft betroffen.

Das Volk meint schließlich, daß alle diese Gründe sich noch leicht vermehren ließen. Das stimmt. Trotzdem aber kann sich weder der „Freib. Bot“ noch der „Bayer. Kurier“ dazu entschließen, eine klare bestimmte Stellung zu der neuen Militärvorlage einzunehmen. Zwar meint der „Freib. Bot“:

„Der tut fürwahr dem Vaterland einen schlechten Dienst, der am Vorabend unübersehbarer weltbewegender Ereignisse durch nationale Phrasen andere über den Zug der Zeit hinwegzuführen versucht. Angehts der neuen Rüstungen muß ein entschiedenes Wort gesprochen werden. Wir sind keine prinzipiellen Gegner der neuen Militärvorlage und wissen, was wir dem Vaterland schuldig sind, aber das „quod non“ muß bei uns unendliche gesteigerten weiteren Ansprüchen doch einmal einreten und darum ist eine entschiedene Klärung heute schon dringend notwendig.“

Dieser entschiedenen Klärung weicht die gesamte bürgerliche Presse aber aus, denn sie kann nur darin bestehen, daß man dem sinnlosen, wahnsinnigen Treiben des Militarismus ein Ende macht. Dazu aber hat keine einparteiische Partei den Mut. Was sie jetzt ängstigt, ist nicht so sehr der Wahnsinn, wie er in dem fortgesetzten Wettrennen zum Ausdruck kommt, als die Furcht davor, daß jetzt auch einmal die Besiegten zu den Opfern, die der Militarismus erfordert, herangezogen werden sollen.

Mit welcher albernem Phrasen die offiziöse Presse Stimmung zu machen versucht, dafür nur ein Beispiel. In einem Artikel zur Verteidigung der Dedungsborläge einem Artikel zur Verteidigung der „Karlsru. Ztg.“:

„Aber immer wieder muß gefragt werden, weshalb denn eine so enorme Rüstungsteigerung notwendig sein soll.“ Die „Frankfurter Zeitung“, der wir diesen Stoßwort entnehmen, muß in den letzten Monaten geflohen sein und mit ihr auch alle die anderen Gazetten, die im Balkan auch für uns eine ganz neue, viel gefährlichere Situation geschaffen haben. Wir Deutschen müssen uns endlich auf den Boden der Tatsachen stellen. Alle Friedensschwärmerie und sogenannten „falschen Rechnungen“ haben sich auf den Boden der Mitte Europas setzen, gar keinen Wert, solange nicht andere Völker uns mit „gutem“ Beispiel vorangehen. An unserer Friedensliebe zu zweifeln, ist leider erlaubt. Wir haben seit mehr als vierzig Jahren Frieden gehalten, während die übrigen Großmächte in derselben Zeit wiederholt in Kriege verwickelt waren und sich dabei Weltreiche eroberten. Und wir wissen, daß wir uns den Frieden nur durch starke Rüstung sichern konnten.“

Phrasen, nichts als Phrasen. Die „falsche Rechnung“, die der Engländer Angell in seinem Buche aufgestellt hat, stimmt, am allerwenigsten kann sie mit solchem offiziellem Geistes widerlegt werden. Worin soll denn die gefährliche Situation Deutschlands bestehen? Weder Frankreich noch England wird Deutschland den Krieg erklären, so lange diese Staaten nicht von Karren regiert werden, denn keiner dieser Staaten könnte bei einem Kriege mit Deutschland irgend etwas gewinnen. Ebenso liegen die Dinge in der umgekehrten Richtung. Auch Deutschland wird weder Frankreich noch England den Krieg erklären, weil es dabei ebenso wenig gewinnen kann. Um einen europäischen Krieg heranzubekommen, müssen andere Ursachen vorhanden sein, als das sinnlose Getreibe, mit welchem man die neuen Militärvorlagen zu begründen verliucht. Die „falsche Rechnung“ des Engländers Angell sollte man erst einmal zu widerlegen versuchen, anstatt alberne Bemerkungen darüber zu machen.

Die Völker Europas treiben dem Abgrund entgegen, wenn sie sich nicht endlich aufraffen und dem Wahnsinn des Wettrennens den Krieg erklären.

Die wachsende Roggen-Liebesgabe.

Wer die Getreideausfuhrprämienwirtschaft kritisiert, ist nach dem Katalog der Agrarier ein vaterlandsloser Geselle, wer indes dem eigenen Volk hohe Brotzölle auferlegt, dem Auslande aber zugleich deutsches Getreide zu Schleuderpreisen liefert und dafür noch Prämien aus der Reichskasse bezahlt, ist ein zuverlässiger Patriot.

Wie viele Patrioten wirtschaften, illustriert der letzte Ausweis über Deutschlands Getreide- und Mehl-Außenhandel mit kaum zu überbietender Deutlichkeit. Bisher wurden danach in dem Erntejahr 1912/13, in der Zeit vom 1. August 1912 bis zum 20. Februar 1913, ausgeführt in Doppelzentnern:

	1912/13	1911/12	1910/11
Roggen	5 624 000	5 902 000	5 561 000
Roggenmehl	1 223 000	835 000	1 104 000
	6 874 000	6 737 000	6 665 000

Eingeführt wurden in der gleichen Zeit Roggen und Roggenmehl in Doppelzentnern

	1912/13	1911/12	1910/11
	1 540 000	2 120 000	3 160 000

Mithin beträgt der Ausfuhrüberschuß

	1912/13	1911/12	1910/11
	5 298 000	4 617 000	3 496 000

Refordifferenz sind in der Getreideausfuhr erzielt und zwar ist nicht nur die Ausfuhr von Roggen und Roggenmehl in dem bisherigen Erntejahr 1912/13 stärker als in den Vorjahren, auch die Einfuhr hat wesentlich abgenommen, so daß der Ausfuhrüberschuß wieder eine bedeutende Steigerung erfahren hat. Bei der Ausfuhr von Roggen wird für den Doppelzentner eine Prämie von 5 Mk. in die Höhe des Volkes — gezahlt. Es ergibt sich mithin in noch nicht ganz sieben Monaten durch Zahlung der Ausfuhrprämien auf den Exportüberschuß von Roggen und Roggenmehl für die Reichskasse ein barer Ausfall von

	1912/13	1911/12	1910/11
Mark	26 490 000	23 085 000	17 480 000

Gerade gegenwärtig dürfte es nicht unangebracht sein, darauf hinzuweisen, daß die nur für den Roggenausfuhrüberschuß in etwa sieben Monaten gezahlten Prämien für eine fünfprozentige Verzinsung von 525 Millionen, also von mehr als einer halben Milliarde, hinreichen.

Der teure Soldat.

Eine Militärvorlage, die diejenigen, die sie verlangen und bewilligen wollen, auch bezahlen sollen, war noch nie da. Trotzdem die patriotische Opferfreudigkeit von 1913 ein sogenanntes Jubiläumjahr fällt und so beste Gelegenheit zu ins Praktische übersehten Festreden gibt, und trotzdem die Militärsteuer der Besitzenden den Zweck haben soll, über die dauernde Belastung des Volkes mit 250 Millionen Mark hinwegzutäuschen — darin sind sie sich alle einig, von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Berliner Tageblatt“, daß eine Militärvorlage, für die man nicht nur begeistert sein soll, sondern auch zahlungslustig, eine höchst unangenehme Sache ist.

Es ist ja kein Verstoß für immer! Heute soll es eine Milliarde einmaliger Ausgaben sein, wer bürgt das für, daß nicht morgen zwei Milliarden gebraucht werden? Es geht seit 1871 in immer rascherem Tempo vorwärts, oder richtiger, in die Kulturlosigkeit rückwärts, 1871 kostete ein Mann pro Jahr 675 Mk., 1909 kostete ein Mann pro Jahr 1342 Mk., 1912 kostete ein Mann pro Jahr 1509 Mk.

Die neue Vorlage verlangt für 100 000 neue Soldaten jährlich 250 Millionen Mark, also

kostete ein Mann jetzt pro Jahr 2500 Mark!

Die 2500 Mk. bekommt natürlich nicht jeder Soldat, das sind keine „Betriebskosten“.

Krippel machen — dafür wird in Deutschland viel Geld ausgegeben; Kriegsveteranen unterliegen vornehmlich keine Erhöhung ihres Pensionszuschusses erhalten, denn dafür wäre 8 Millionen notwendig, die hat der Staat natürlich nicht übrig. Einundeinviertel Milliarde sollen aber 1913 als Extraausgabe für den gegenwertigen Völkertotschlag ausgegeben werden. Es hängt nur davon ab, ob die Besitzenden die Milliarde — auch zahlen!

Deutsche Politik.

Sachsen lobt und protestiert wütend. Das offiziöse Organ der sächsischen Regierung tut das neueste Besitzsteuerprojekt verächtlich als „Zellerfassung“ ab:

Die zu überwindenden Schwierigkeiten stehen fast ausschließlich der Dedungsborläge entgegen, zumal auch der letzte Verleihenheitsvorlag des Reichsanwalters, die außerordentlichen Aufwendungen durch eine einmalige Besteuerung der größeren Vermögen durchaus nicht mit der von ihm wohl erwarteten Begeisterung aufgenommen worden ist. Natürlich fehlt es auch nicht an Zustimmung zu diesem Plan.

Seite 8.
Posten
Damast
Kattun
Tücher
Pappiche
Decken
und Decken
Auswahl
Damen-
che
Blusen-
stoffe
rschen-
aben-
5662
lung.
her
uhe
str. 19
Lager.

Soweit man von seiner Durchführung eine kräftige Besteuerung des Besitzes erhofft und dabei das grundsätzlich Verfehlte und Gefährliche an ihm übersehen. Das äußerste Mittel in Kriegszeiten, die Heranziehung der Besitzenden zur Aufbringung eines besonderen Aufwandes, ist im Rahmen der Finanzwirtschaft eines modernen Staates nicht nur völlig verfehlt, sondern wird allgütlich im Auslande zur Discreditierung der Reichsfinanzen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes in seiner Masse führen können. Außerdem müssen die größeren Vermögen außerordentlich scharf herangezogen werden, wenn man die kleineren bis 50- oder 50 000 Mark freilassen und 700-1000 Millionen Mark aufbringen will. Denn die gewöhnliche Vermögenssteuer, die alle Vermögen trifft, erbringt in Preußen von etwa 104 Milliarden nur 50 1/2 Millionen. Außerdem bleiben die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der jährlichen Mehraufwendungen der Heeresvorlage nach wie vor bestehen. Auch von dieser Seite ergibt sich, daß eine gesunde Finanzwirtschaft oder Finanzreform im Reiche mit einer einmaligen Besteuerung der Vermögen, die etwas jenseits einer „Zellerfassung“ erinnert, nicht geht. Wie es heißt, soll eine entsprechende Vorlage schon in den nächsten Tagen dem Bundesrat zugehen.

Offenbar hat Bethmann es also nicht für nötig gehalten, vor der Ankündigung des neuesten Steuerzuges die eingelassenen Regierungen genügend zu unterrichten und für seine Pläne zu gewinnen. Sächsen wiederum ist jetzt wieder erbitterter Feind jedes Gedankens an eine Reichsvermögenssteuer. Darum setzt es sich auch jetzt auf seinen Geldsack und spreizt sich wanzersüchtig.

Die Hege gegen das Streikrecht der Arbeiter wird von allen Arbeiterfeinden systematisch betrieben. Man hofft, daß steter Tropfen den Stein höhlt und läßt der ablehnenden Haltung der Regierung nicht nach im Erfinden von immer neuen Terrorismus-Märchen. Wenn immer eine reaktionäre Partei ihre Sitzungen oder Kongresse hat oder irgend eine Unternehmerorganisation ihre Tagung, so ertönt das Lied von der Notwendigkeit des Schutzes der Arbeitwilligen. Das Wunder, wenn auch die Schiffahrts-Unternehmer gerade jetzt, wo sie mit allen Mitteln versuchen, die um die Nachtruhe kämpfenden Schiffer niederzuringen, die Gelegenheit benutzen, in das allgemeine Terrorismusgeschrei einzuklinken. Auf der Generalversammlung des konfessionierten Sächsischen Schiffervereins in Dresden wurde von Direktor Peters gelegentlich der Berichterstattung über den Schifferstreik darüber geredet, daß die arbeitwilligen Angestellten nicht den Schutz genießen, den sie erwarten dürfen. Während in Hamburg und Preußen die „Bedrohungen durch die zahlreichen Streikposten“ energisch entgegengewirkt wurde, müssen die Arbeitwilligen in Sachsen eines wirkungsvollen Besandes fast völlig entbehren.

Die staatlichen Organe werden dann aufgefordert, einzugreifen. Mit der Begehung der Verbrechen durch Polizeigewalt sei es nicht getan. In einer Resolution verlangt man von der Regierung die „strenge Abperrung aller fiskalischen Uferweiden, Hafen- und Anlagen, sowie ausreichenden Schutz der Arbeitwilligen.“

Es ist nicht mißverständlich, daß hier den sächsischen Behörden, die sicher in der Unterstützung der Unternehmer so weit gehen, wie sie unter Beachtung des Gesetzes überhaupt gehen können, die hamburgischen und preussischen Behörden als Muster vorgehalten werden.

Auch ein Volkrecht aus der Zeit der Befreiungskriege. Zu den Repräsentationskörperschaften, mit denen nach dem Jahre 1815 die im Jahre 1813 gegebenen Versprechungen „eingelöst“ wurden, gehören auch die Provinzial-Landtage der sächsischen Provinzen. Soeben tritt der sächsische Provinzial-Landtag zusammen und aus seiner Präsenzliste kann festgestellt werden, daß sich unter den 158 Mitgliedern dieser „Volksvertretung“ befinden: 8 Prinzen, 7 Fürsten, 12 Freiherren, 27 Grafen, 39 „gewöhnliche“ Adlige, 12 Rittergutsbesitzer und Landräte ohne Adel, 24 Bürgermeister, 10 Vertreter der Industrie, Bergbau, Generaldirektoren u. dgl. und 16 Stadträte, Kommerzienräte, Justizräte usw., also kein Arbeiter, kein Handwerksmeister oder kleiner Gewerbetreibender. Das „niedrigste“ sind zwei „Deconomieräte“, darunter gibts keinen. Also hat das Volk allen Anlaß,

seine nach den Befreiungskriegen erhaltenen „Rechte“ zu feiern.

Prüfung der Wahlen durch einen Gerichtshof. Durch die Presse geht die Nachricht, daß die Fraktion der Reichspartei einen Antrag vorbereitet, der die Wahlprüfungen einem unabhängigen Gerichtshof übertragen will. Demgegenüber erinnert die parteiliche „Nationalliberale Korrespondenz“, daran, daß ein solcher Antrag bereits seit einem Jahre von der nationalliberalen Reichstagsfraktion vorliegt. — Die Mehrheit des Reichstags dürfte kaum geneigt sein, auf ein Recht zu verzichten, das dem Reichstage zusteht. Auch würde es sehr bedenklich sein, die schwierige Prüfung der Wahlen, die jetzt einer nach Parteien zusammengesetzten Kommission übertragen ist, in die Hände eines Gerichtshofs zu legen. Man kann nicht wissen, zu welchen Grundsätzen bei der Bewerberprüfung unter Umständen ein solcher Gerichtshof kommt. Die heute an den Arbeiten der Wahlprüfungskommission gelebte Kritik würde dann zum großen Teil gegenstandslos werden.

Nicht bestätigt. Die Stadtverordnetenversammlung in Kiel hatte dem Stadtverordneten Gen. Adler zum Mitglied der Kommission für die höheren Schulen gewählt. Das Provinzialschulkollegium hat nunmehr dieser Wahl die Bestätigung versagt.

Reichstagswahl. Der konservative Reichstagsabg. v. Rappengut ist gestorben. Er vertrat den Wahlkreis Ost- und West-Sternberg, wo er im ersten Wahlgang mit 9142 Stimmen siegte. Auf den Kandidaten der Sozialdemokratie entfielen 3333, auf einen Antifemiten 3427 Stimmen.

Das Petroleum-Monopol. Die Kommission lehnte am Donnerstag einen Antrag des Zentrums ab, der für den Einkauf von Leuchtöl die öffentliche Ausschreibung und die Vergebung an den Mindestfordernden verlangte. Damit hätte man eine Stärkung der Standard Oil Company erzielt. Auch ein anderer Antrag des Zentrums, besondere Vergünstigungen nicht zu gewähren, wurde abgelehnt, weil dadurch der Geschäftsbetrieb stark erschwert worden wäre. Beschlossen wurde noch, daß Leuchtöl an Private nur in Mengen von nicht unter 400 Litern abgegeben werden darf, ferner daß die Verkaufspreise bei allen Anlagen die gleichen sein müssen. Die Vergünstigungen der Vertreibergesellschaft sollen in der Regel durch die Reichsbank erledigt werden.

Ausland.

England. **Massenhygiene im Schulunterricht.** Eine Konferenz für eugenische Erziehung wurde unter Beteiligung von über tausend Lehrern und Lehrerinnen am 1. März in der Londoner Universität abgehalten. Major L. D. Rawlinson führte den Vorsitz und die Verantwortlichen waren vertreten. Der Vorsitzende betonte die Verantwortung des lebenden Geschlechts für seine Kinder und die ganze Zukunft der Menschheit. Diese Idee müsse im Schulunterricht zur Geltung kommen, das Ideal des gesunden und schönen Menschen („eugenic“) den Kindern eingepflanzt werden. In diesem Ziele war man einig, doch gingen über Mittel und Methode die Meinungen weit auseinander. Nicholls, früherer Vorsitzender des Landes-Lehrer-Bandes, hielt die Volksschule nicht für den geeigneten Ort für geschlechtliche Aufklärung. Das sei Sache der Eltern. Ein Vorgesetzter der Schule würde bei vielen Aufsichtsbekanntem Widerstand finden. Die Gesellschaft für eugenische Erziehung müsse zunächst das Unterrichtsministerium, die Schulinspektoren und Lokal-Schulbehörden erziehen. — Ein anderer Redner lehnte gleichfalls den direkten Schulunterricht ab. Mehr ver sprach er sich von der Einführung des Unterrichts in Pflanzenphysiologie. Die Hauptaufgabe sei die Aufklärung der Mütter über die Verantwortung der Eltern. — Eine Lehrerin hielt die Schulkörper für verwerflich, dort einzutreten, wo die Eltern verweigern. — Ein Vertreter der Londoner Erziehungsbehörde empfahl, das Ministerium um Veranstaltung einer Konferenz berufener Fachleute zu ersuchen. Die Aufstellung eines Lehrplans werde mindestens 2 Jahre erfordern. — Ein Geistlicher wies die Meinung zurück, daß Massenhygiene und Religion im Widerspruch ständen. Die Religion, habe verberberliche Wirkungen auf dem Gebiete der Gesundheit der Rasse geübt. Auch er wies den Eltern den ersten der Schule den zweiten Platz in dieser Erziehungsarbeit zu. — Ein Unbekannter empfahl bessere körperliche Schulung und mehr Sach- und Arbeits- statt Wort- und Wieder-

unterricht. — Man beschloß, eine Deputation an den Reichstag zu senden.

Amerika.

Rom Schulwesen. Eine interessante Erhebung über die amerikanische Elementarschulwesen veröffentlicht die Sage-Stiftung. Danach haben unter 48 Staaten der Union 36 den gesetzlichen Schulzwang. „Schulgeld“ wird nirgends erhoben. In 12 Staaten werden alle Kinder unter 16 Jahren in die Schulen auf Staatskosten geschickt. In 16 weiteren Staaten ist die freie Lieferung der Bücher gesetzlich vorgeschrieben. Wie sehr diese Regelung, die sich auch auf höhere Schulen erstreckt, auch den unteren Klassen kommt, zeigt der Umstand, daß ihre Einführung im Staat Massachusetts z. B. eine sofortige Zunahme der Schülerhöhen Schulen um 10 Prozent zur Folge hatte. Die durchschnittliche Schulaufzeit ist in 20 Staaten durchgeföhrt. In fünf Monaten im Jahre, jedoch hier noch viel zu verbessern ist die längste Schulaufzeit — 103 Unterrichtstage — besteht im Rhode Island. Die Kosten des öffentlichen Unterrichts betragen in Carolina 3 Dollar im Staat Washington. In 18 Staaten beträgt das durchschnittliche Einkommen der Lehrer weniger als ein Dollar täglich. Das niedrigste Durchschnittsgehalt, 20 Cent im Jahre, erhalten sie in North Carolina, das höchste, 918 Cent in Californien. Das Durchschnittseinkommen aller Lehrer in den Vereinigten Staaten beläuft sich auf 466 Dollar im Jahre, während es bei den Zimmerleuten 802 Dollar, bei den Fabrikarbeitern 600 Dollar, bei den Handlangern 578 Dollar beträgt.

Badische Politik.

Ein erwägenswerter Vorschlag.

Aus Beamtenkreisen wird geschrieben: Die heutige Zeit der zunehmenden Teuerung ist allerdings dem Einzelnen die Notwendigkeit möglicher Minderungen der Ausgaben nahe. Meines Erachtens könnte durch die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit auf diesem Gebiete ein bedeutender Schritt nachwärts gemacht werden. Bei dieser Arbeitszeit wäre es jedem einzelnen Familie eher möglich, in einem Vorort zu wohnen und hierdurch billiger Wohnungsverhältnisse zu empfinden. Durch Bedienung eines kleinen Geschäftes könnte die Familie für den Haushalt erforderlichen Genüsse und weitaus billiger beschaffen, durch die Zusammenlegung des Mittags- und Abendbrotess (etwa um halb 5 Uhr) würde sich ein Sparnis an Heizmaterial und für die Hausfrau eine beträchtliche Vereinfachung der Geschäfte ergeben. Auch von gesundheitlichen Standpunkt aus dürfte diese Arbeitszeit wohl zu begrüßen sein, da dem Einzelnen dann bedeutend mehr Gelegenheit gegeben wäre, durch Gartenbau oder vermünftig betriebenen Sport der Kräftigung des Körpers und Geist mit Aufmerksamkeit zu widmen.

Der Vorschlag ist schon deshalb der Prüfung wert, weil bei seiner Durchführung die Bureauzeit überhaupt nicht eingespart würde. Heute ergibt die 8stündige Bureauzeit vielfach nur auf dem Papier.

Auch eine Antwort.

In der „Straßburger Post“ schreibt ein Karlsruher Mitarbeiter in einem Zentrum und Nationalliberale in Baden“ betitelten Artikel: „Der Bad. Beobachter“ hat die heftige Mitteilung gemacht, daß es sich bei den nächsten Wahlen darum handele, ob Baden noch weiter von seinem Großherzog oder vom Reichspräsidenten Dr. Frank in Mannheim regiert werden soll. Man kann diesem auf die Antwort im Geiste betrachtem Argumente mit ebenso gutem Recht gegenüberhalten, es handle sich darum, ob das Haus Böhmen oder das Pfalzhaus Böhmen in Baden regieren solle.“

Stimmt! Im übrigen hat kein vernünftiger Mensch die Jeremiade des „Bad. Beobachters“ ernst genommen. Der „Beobachter“ hat damit nur beweisen wollen, was er seinen Lesern in Sachen Großblut alles bieten kann.

Auch der „Ortenauer Bote“ nicht absolutionsfähig. Wie uns mitgeteilt wird, ging in Punsweiler am letzten Sonntag ein Arbeiter zur Deichte. Es entwickelte sich dabei folgender Dialog:

Der Volkspolst.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant. Von E. Dewitt. (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

„Nur nicht gleich so groß, mein Onkel. Soviele Zeit, wie ich wünsche, wirst du schon noch übrig haben.“

„Nicht aber raus mit dir!“

„Nicht doch, Onkel. Ich bin dafür, daß wir uns setzen und gemütlich miteinander plaudern — mein ehrlicher Herr — Vormund!“

Herr Bunker saß auf einem Stuhl.

In all seinen Anschlägen hatte er nie mit der Möglichkeit gerechnet, die Taktik, daß er Harrys Vormund gewesen war, könnte je ans Licht kommen. Alle waren gestorben, die mit der Vormundschaft etwas zu tun gehabt hatten, und nur er allein lebte noch. Daß es eine notarielle Urkunde gab, hatte er längst vergessen.

„Was wollest du heute von mir?“ stammelte er.

„Mein ehrenwerter Herr Onkel, ich wollte dir nur sagen, daß ich alles weiß. Versieh mich nicht falsch — wenn ich sage, daß ich alles weiß, so weiß ich in der Tat alles, ja alles.“

„Was — was — was weißt du?“

„Vor allen Dingen weiß ich jetzt, welches die Käufer sind — meine Käufer — meiner Mutter Käufer. Das Haus in Stepaney Green, das du an Fräulein Kennedy vermietet hast, ist ein Haus in Beaumont Square — soll ich dir die Nummer sagen? — das zweite, und ein Haus in Bedmans Row, dessen Nummer ich dir gleichfalls nennen kann, das dritte. Seit zwanzig und mehr Jahren hast du die Mieten aus jenen Häusern eingesogen und bei der Rent auf deinen Namen eingezahlt.“

„Nur weiter“, höhnte Bunker, „weißt du noch mehr? Und angenommen, daß diese Käufer einmal Karoline Coppin gehörten, was beweist das?“ Er sprach unverzüglich, aber die Blässe seines Gesichtes und der unsichere Blick seiner Augen verriet ihn.

„Göre weiter, sehr ehrenwerter Onkel. Meiner Mutter stand nicht das freie Verfügungsrecht über diese Häuser zu.“

„Na, da haben wir es ja. Und wem gehörten sie dann wirklich?“

„Sie waren ihr Eigentum, ihr und ihren Erben vermacht. Aber zwei Vormünder verwaliteten das Vermögen — du, mein höchst ehrenwerter Onkel, und ein gewisser John Estelton, von dem ich nichts weiß, und der möglicherweise schon tot ist.“

Herr Bunker erwiderte nichts, aber die Blässe in seinem Gesicht nahm zu.

„Soll ich dir noch mehr sagen, oder hast du schon genug gehört?“ fragte Harry. „Es ist ein hübscher, wenn auch kein neuer Romanstoff. Der Erbe ist voraussichtlich auf Nimmerwiedersehen verstorben, und der allein überlebende Vormund steckt die Miete in seine Tasche. Der Erbe kommt zurück, und der Vormund schwört, daß die Käufer ihm gehören. Vor das Kriminalgericht gebracht, endet der Fall mit der Verurteilung des ungetreuen Vormundes, dem der Richter wegen des gemeinen Vertrauensbruches zu fünfundsanzig Jahren Zwangsarbeit in einer Verbrecherkolonie verurteilt. Fünfundsanzig Jahre Zwangsarbeit, mein ehrenwerter Patriarch! Stelle das dir nur einmal richtig vor, und dazu noch kurzgeschmittenen Haar und eine gestreifte Uniform.“

Herr Bunker sagte noch immer nichts, aber aus seinem Mienepiel ging hervor, daß er um so angestrengter nachdachte.

„Gobe ich es dir nicht schon im Voraus gesagt“, fuhr Harry fort, „habe ich dir nicht schon längst geraten, dich mit dem Gedanken an Handfesseln und Gefängnisse und Männer in blauer Uniform vertraut zu machen? Der Augenblick ist endlich da, und entweder gibst du alles heraus, was du dir unrechtmäßig angeeignet hast, oder der Staatsanwalt nimmt die Sache auf und die Öffentlichkeit erfährt, wer hinter der Maske des ehrenwerten Vormundes eigentlich verborgen war. Mein teurer Onkel Bunker, mehr Herz blühtet bei diesem schrecklichen Gedanken.“

„Warum bist du nur hergekommen?“ stöhnte sein Onkel. „Es ging doch alles so gut ohne dich, es klappte alles und ich befand mich wohl dabei.“

Bunkers Stimme klang flüchtig. Der Schlag war plötzlich gefallen, daß in seinem Kopfe alles drunter und drüber ging und er zu keinem klaren Gedanken kommen konnte.

„Ich habe dir schon einmal fünfundsanzig Pfund angeboten“, fuhr er fort, „wenn du von mir fortgehen wolltest, und bin bereit, jetzt den Betrag zu verdoppeln. Was du greiffst nicht mit beiden Händen zu? So nimm doch das Geld und quäle mich nicht länger.“

„Machen wir uns doch einen kleinen Uberschlag von den Geldern, die du all diese Jahre aus meinen Häusern eingenommen und für dich verwendet hast. Das Haus in dem Fräulein Kennedy lebt, bringt im Jahre fünfundsanzig Pfund und das dritte in Beaumont Square fünfundsanzig Pfund und das dritte in Bedmans Row — nun, sagen wir fünfundsanzig Pfund, oder zusammengekommen rund hundertundvierzig Pfund im Jahr. In einundzwanzig Jahren erreicht die Gesamtsumme eine Höhe von zweitausenddreihundertundvierzig Pfund, die du in deiner Tasche gesteckt hast, mein ehrenwerter Onkel.“

„Nicht halb soviel — nicht halb soviel —“ wechelte sein Onkel. „Es nehme doch die Kosten für Ausbesserungen, Maler- und Klempnerarbeiten und all die Mietaufwände davon ab, — wirklich nicht halb soviel.“

„Sagen wir also rund zweitausend Pfund“, sprach Harry, wie wenn ein Betrag von neinhundert Pfund und darüber keine Rolle für ihn spielte. „Der Erbe ist jetzt zurückgekommen und verlangt von dem Vormund seine Käufer und eine Abrechnung. Doch genau des Spielers“, sprach Harry und sprang von dem Tisch, auf dem er bisher gesessen hatte. „Die Komödie ist zu Ende. In dieser Taktik hier“, und er klopfte auf seine Brusttasche, „habe ich das Original des Dokumentes. Willst du wissen, wo es gewesen ist? In der Brauerei hinter einem Geldschrank, wo es von deinem Schwager, Bob Coppin, zusammen mit dem Provinzialbanknoten verpackt wurde, wegen deren Josephus Coppin in einen so schimpflichen Verdacht geriet.“

„Was für eine Zeitung lesen Sie?“
Antwort: „Den ‚Ortenauer Boten‘.“
Wissen Sie nicht, daß das ein katholischenfeindliches Blatt ist?
Antwort: „Nein!“
Wollen Sie die Zeitung abbestellen?
Antwort: „Nein!“
Dann kann ich Sie nicht absolvieren.“

Also selbst der harmlose „Ortenauer Bote“ gehört zu den Blättern, die der gläubige Katholik bei Strafe ewiger Hölle nicht mehr lesen darf. Und dafür sollen nach dem „Bad. Beobachter“ nur religiöse Gründe maßgebend sein. Das glaubt die Redaktion des „Bad. Beobachters“ selber nicht.

Gegen diesen pfäfflichen Terrorismus, der nur aus parteipolitischen Gründen zu Gunsten der Zentrumspresse getrieben wird, gibt es nur ein Mittel: „Jetzt erst recht!“

Mögen die politischen Heppaffen diese Art der „religiösen“ Propaganda nur fortsetzen, unserer Presse und unserer Partei schaden sie damit nicht. Inwieweit sie damit der Religion einen Dienst leisten, können wir dahingestellt sein lassen.

Ein Mandatsmüder.

Die nationalliberale Partei hatte beschlossen, im 71. Landtagswahlkreis Bogberg-Adelsheim den bisherigen Vertreter dieses Bezirks, Ratsschreiber Leiser, wieder aufzustellen für die kommende Landtagswahl. Herr Leiser hat in einem Schreiben an den Wahlkreisvorsitzenden erklärt, daß er aus dienstlichen und familiären Gründen eine Kandidatur nicht wieder annehme.

Soziale Rundschau.

Berghausen, 7. März. Der hiesige Arbeitergesangsverein veranstaltet am Sonntag, 16. März, nachmittags 4 Uhr, im Saalbau zur „Ronne“ ein Wohlthätigkeitskonzert zugunsten der Kleinkinderschule unter Leitung des Musikdirektors Günwaldt-Froschheim. Karten im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 50 Pf., reinerwerbter Platz 60 Pf. Hierzu ist jedermann freundlichst eingeladen. Es sollte daher jedermann, dem es irgend möglich ist, an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Nachdem der Unternehmerverband jetzt offene Fehde angelegt hat, suchen seine Führer nach einem Vorwand für sein wieder in der Öffentlichkeit noch bei den Malermeistern selbst auf Verständnis stößendes Vorgehen. Zuerst sollte es die Lohn-erhöhung von 2 bis 5 Pfg., auf drei Jahre verteilt (ohne Ausgleich für Arbeitszeitverlängerungen für 30 Orte von 1 bis 2 Pfg.) sein. Da dieser Vorwand bei der anerkannten Forderung und bei den vielfach niedrigen Löhnen im Malergewerbe nicht sehr überzeugend wirken dürfte, soll plötzlich wieder das Vertrags-schemata schuld sein, von dem die Führer des Unternehmerverbandes bei den Verhandlungen selbst mehrmals geredet hatten. Dann fallen wieder — nach einem Zirkular des Hauptverbandes — die am letzten Tage gefällten Schiedssprüche und Erklärungen die Grundlage zu sein. Diese haben, daß der Unternehmerverband zur Aussperrung gezwungen sei. „Eine tarifliche Einigung“, so heißt es in dem Rundschreiben, „wäre möglicherweise auch dann noch zustande gekommen, wenn wichtige Forderungen außerorts im Tarifgespräch Aufnahme gefunden hätten. Wir erinnern hierbei z. B. an unsere Forderung, daß alle Ansprüche aus dem Tarifvertrag binnen 10 Tagen nach Entstehen geltend gemacht werden müssen bei Verlust jeglichen Anrechts auf Erfüllung; ferner daß das Ortsamt sich nur mit solchen Angelegenheiten zu befassen hat, die 10 Tage nach Ent-standung zur Verhandlung angemeldet sind; weiter unsere Forderung zur Hinterlegung einer Garantiesumme, um beiden Organisationen die Erfüllung des Tarifvertrags zu garantieren.“

Die zuerst erwähnten Schiedssprüche und Erklärungen beziehen sich darauf, daß die Unparteiischen bestimmten: die Ortsämter haben innerhalb sechs Monaten über die Mög-lichkeit der Errichtung partiellierter Arbeitsnachweise zu be-richten. — Die Forderungen einer Frist von 10 Tagen für die Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Tarifvertrag mußten die Unparteiischen schon allein deshalb ablehnen, weil sie nicht mit Hilfe des Tarifvertrags bestehende Gesetze über den Haus-berufen konnten. Und die Haftpflicht und Sautionsfrage wurde

gegenstandslos, weil die Unternehmer keinen Fall anzuführen in der Lage waren, in dem die Gehilfenorganisation sich einer Verletzung des Tarifvertrags schuldig gemacht hat. Die dar-über angekündigte Abrechnung blieb aus, als die Arbeitervertre-ter erklärten, sie sähen dieser mit denkbar ruhigstem Gewissen erwartungsvoll entgegen.

Wenn das also die neuesten Kampfobjekte des Unterneh-merverbandes gegen die Schiedssprüche sind, so wird die Offen-lichkeit sich bald allgemein fragen, wo die Unternehmer den Mut hernehmen, aus diesem Anlaß einen allgemeinen Kampf zu führen. Dann wird es schon stimmen, was der Vorsitzende des Gau I des Unternehmerverbandes in einem Zirkular fest-stellte, daß es sich darum handelt, die Kasse der Gehilfenorgani-sation zu leeren. Der Plan des Unternehmerverbandes geht nun dahin: Am 5. März sperrt Gau I (Norddeutschland) aus, am 6. März folgt Rheinland und Süddeutschland, am 7. März kommt Mitteldeutschland, Ost- und Westpreußen daran, und am 8. März folgt Preußen mit Brandenburg. Ob nur die Organi-sierten oder auch die „Reisereuten“ ausgesperrt werden, bleibt den einzelnen Gauen überlassen, während Christliche und Kirch-länderliche von der Aussperrung mit betroffen werden sollen.

Die Unternehmer hatten jedenfalls erwartet, die Gehilfen würden durch umfangreiche Arbeitsniederlegungen die Geschäfte der Unternehmer belegen. Da das nicht geschehen ist, werden die Unternehmer also zunächst selbst zeigen müssen, wie ihre Aussperrung sich gestaltet. Das ist sehr fatal für die Herren, die grundlos einen Kampf provozierten. Dieser Stimmung gab denn auch der Vorsitzende Kasse des Unternehmerverbandes rechtigsten Ausdruck, indem er bedauerte, daß die Gehilfen nicht zum Angriff übergingen. Die Malergesellen werden sicher ge-schult genug sein, den Wünschen der Unternehmerverbandsführer nicht zu folgen; sie werden die Aussperrung ruhig abwarten und der Karole ihrer Organisationsleitung folgen.

In Chemnitz ist in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung der Malergesellen der Streik beschlossen worden und zwar einstimmig in geheimer Abstimmung. Die Organi-sationsleitung hatte eine vorläufig noch abwartende Haltung eingenommen. Etwa 700 Gehilfen befinden sich im Ausstand. Damit, daß in der ersten Zeit des Ausstandes keine Unterhütung gezahlt werde, erklärten die Streikenden ihr Einverständnis.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen mit dem Mittel-badischen Brauereiverband haben begonnen. Die-selben werden für die Brauereien von dem Syndikus Dr. Gu-ber geführt. In der letzten Sitzung wurde von Seiten der Ar-beitervertreter der Wunsch geäußert, es möchten auch einige Ar-beitgeber hiesig erscheinen.

In die Zeitlagerarbeiter im Albtal. Es ist wirklich lächerlich, wie der „Badische Landemann“ in Nr. 48 in Sachen der Zeitlagerarbeiter seinen Anhängern den Brei um den Mund schmiert. Seinen Reuten kann er ja den Kopf vorziehen. Besser wäre es aber, er würde über die ganze Bewegung etwas ernst-bereden, damit die Leute endlich einmal ihren verdienten Lohn bekommen. Es ist nun schon das dritte Mal, daß die Christen im Albtal einsehen und ihren Anhängern alles Mögliche und Unmögliche versprechen, sich aber dann regelmäßig aus dem Staube machen. Verdient hätten es die Arbeiter, daß sie end-lich einmal 5–6 Mark Lohnzulage erhielten, da dieselben in den letzten Jahren keinen Pennig Lohnzulage bekommen haben. Die Führer der „Christlichen“ waren es, die dem Volke die Lebensmittel verteuerten, sie waren es, die den Armen das Geld aus der Tasche stahlen und sie sind es jetzt, die auch unarmen und auch helfen wollen. Ob wohl die Beiträge bei der kommenden Bewegung, die in aller nächster Zeit einsetzt, heraus-springen werden, das ist eine große Frage. Aber wir werden ab-warten. Langsam aber sicher werden unsere Hosiernere arbeiten und trotz allem Hottoller muß das Albtal ungerührt werden.

Verband deutscher Zeitlagerarbeiter.

Aus der Partei.

Ein lehrreicher Beitrag zum Budgetkreis.

Unsere Rudolfstädter Parteigenossen haben beifällig die Mehrheit in ihrem Landtag errungen. Sie be-mühen über ihre parlamentarische Macht nun nicht dazu, die Republik in ihrem kleinen Staate zu proklamieren, sondern sie richten sich vernünftigerweise nach den Verhältnissen, wie sie geschichtlich geworden sind, und haben die Bewilligung des Gesamtbudgets beschlossen. Aber sie gehen so-jar noch viel weiter. Sie stimmen für die Matri-kularbeiträge an das Reich, obwohl das Geld zum

Epigonen.

Vor kurzem hat in Göttingen auf Einladung des In-ternationalen Studentenvereins der Engländer Norman Angell, der Verfasser eines bemerkenswerten Buches über die „Falsche Rechnung“ des Krieges einen Vortrag gehalten, in dem er für den Frieden Stimmung zu machen suchte und die These vertrat, daß der Krieg für beide Teile ein „schlechtes Geschäft“ sei. Solchen Frevel konnten die „nationalen“ Studenten nicht ungedulden lassen. Vurichenschafter, Korps, Landsmannschaften und wie die Verbände alle heißen, die sich selbst für die Blüte unserer akademischen Jugend halten, taten sich zusammen, um Herrn Norman Angell zu vernichten, und da sie ihn mit dem Schläger und dem Säbel nicht erreichen konnten, veranstalteten sie eine Protestversammlung, in der der natio-nalliberale Landtagsabgeordnete Arning das Hauptrefe-rat hatte. Ihre Entrüstung schlug sich in einer Resolution nieder, die amüstant genug ist, um im Wortlaut genossen zu werden:

Wie weisen es auf das Entschiedenste zurück, daß Herr N. Angell in seinem offenen Brief deutschen Stu-denten zumutet, sich mit Ideen zu beschäftigen, die deutscher Art und deutschen Empfinden fernfremd sind. Wir bedauern es, daß die internationalen Stu-derentvereine Herrn Angell Gelegenheit gegeben haben, diese Anschauungen in deutschen Akademiker-versammlungen vorzutragen. Wir beurteilen es ferner aufs schärfste, daß der Vortrag in englischer Sprache gehalten worden ist und sprechen dem internationalen Stu-dentenverein die Berechtigung ab, sich durch die öffent-liche Behandlung politischer Fragen in deutsch-nationale Angelegenheiten einzumischen. Jeden ähnlichen Ver-such wird die Göttinger Studentenschaft stets einmütig zurückweisen.

Wir sind der Meinung, daß das Studium der Aus-länder an einer Reihe von deutschen Hochschulen einen Charakter angenommen hat, der die Interessen der deut-schen Studierenden gefährdet und daß die von gewissen

größten Teile für militärische Zwecke verwendet werden muß, — ja, sie genehmigen sogar die Ausgaben für Orden und endlich bewilligen sie den Gehalt für den scharf-macherischen Minister, der ganz offen Staatsstreiche-Liste gezeigt hat.

Wir nehmen an, daß die Rudolfstädter Fraktion ihre guten Gründe für ihr Verhalten hat, und wollen sie „fern vom Schaß“ nicht kritisieren. Aber wie sinnlos erscheint die Stellung der Gesamtpartei in der Budgetfrage angesichts solcher Er-fahrungen! Solange wir in der Minderheit sind, müssen wir, unbekümmert um die politischen Folgen, den Etat a 514.000.000 M. für die Reichsregierung bewilligen lassen und dafür stimmen! Die süddeutschen Genossen, die diese Entwid-lung vorausgesehen und die Partei deshalb vor unaussprechlichen Resolutionen bewahren wollten, wurden zur Zeit des Münchener und des Magdeburger Parteitag als „Reaktion“ beschimpft. Die Vernunft ist aber doch nicht totzumachen und die Erkenntnis schreitet schnell. Das zeigen uns die lehrreichen Vorgänge in Rudolfstadt.

Die Gesamtpartei wird nun nicht mehr anders können, als die Magdeburger Resolution aufzuheben, denn was man den Genossen eines so kleinen Bundesstaates wie Rudolfstadt ge-währt, kann man den Genossen in größeren Bundesstaaten unmöglich verweigern. Die prinzipielle Ablehnung des Budgets ist sinnlos, denn sie läßt sich in der Praxis einfach nicht durchführen, sobald die Verantwortung für die Folgen von unserer Partei zu tragen sind. Wenn man schon einem Staatsstreichminister das Budget genehmigen darf, ohne das Prinzip des Klassenkampfes zu opfern, dann wird man es wohl auch dort genehmigen dürfen, wo unsere Partei es in der Hand hat, zu entscheiden, ob die politische Entwicklung vorwärts oder rückwärts gehen soll.

Auch der „Vorwärts“

läutet die Sturmglöckchen gegen die Badenjer. Er meint, daß die badischen Genossen mit einem Großplakatschreiben im ersten Wahlgang einen Weg beschreiten würden, der von der Gesamt-partei als völlig unangenehm angesehen werde.

Woher weiß denn das der „Vorwärts“? Bis jetzt hat die Gesamtpartei aus guten Gründen es abgelehnt, den Genossen in den Einzelstaaten Vorschriften über die von ihnen zu befolgende Landtagswahlpolitik zu geben und sie hat gut daran getan, denn in Berlin kann man unmöglich das, was notwendig ist, so gut beurteilen, als dort, wo man die Verantwortung für die zu befolgende Taktik zu tragen hat. Die Badenjer haben die Genehmigung, daß die von ihnen befolgte Taktik, allen Anfein-dungen zum Trotz, sich immer mehr durchgesetzt hat. Auch in der Budgetfrage haben sie recht behalten. Wir haben uns ja auch nicht in die Taktik der preussischen Genossen ein-gemischt, obwohl dazu sehr viel zu sagen gewesen wäre. Un-sere Taktik hat der Gesamtpartei noch keinen Schaden gebracht und wir sind damit vorwärts gekommen. Ob man mit der preussischen Taktik in Preußen etwas erreichen wird, dafür muß erst noch der Beweis erbracht werden. Einmalen hat man allen Grund, das sehr zu bezweifeln.

Kommunalpolitik.

1. Veranschlagungsberatung in Staufen (Breisgau). Der städtische Veranschlagung für 1913 unterlag heute der Prüfung durch den Bürgerausschuß. An Ausgaben sind 116 544 M. vor-gesehen, an Einnahmen 74 210 M., so daß bleiben durch Um-lagen zu decken 42 334 M. übrig. Bei Liegenschaftswerten und Betriebsvermögen werden 30 Pfg. Umlage von 100 M. Steuer-wert erhoben, vom Kapitalvermögen 15 Pfg. Der Aufwand für Volks-, Bürger- und Kleinkinderschule beträgt insgesamt 14 710 M., zur Befämpfung der Tuberkulose usw. sind 450 M. vor-gesehen. Armenlasten hat die Stadtgemeinde Staufen für das laufende Jahr 3900 M. zu tragen, für die Versorgung armer Reisender sind 460 M. angewiesen, den gleichen Betrag wendet man für das Leeren der Hauptstraße auf. Der Bürgerausschuß genehmigte einstimmig den vom Gemeinderat ausgearbeiteten Veranschlagung.

Bürgerausschuhführung in Rehl. In der gestrigen Bürger-ausschuhführung beleuchtete zunächst der Vorsitzende Bürgermeister Dietrich die Entwicklung der Stadt Rehl. Aus seinen Ausführ-ungen ist hervorzuhellen, daß in den letzten 3 Jahren insgesamt 107 Neubauten vollendet wurden, zum Teil noch in Ausführung begriffen sind, die einen Gesamtwert von 1,8 Millionen Mark haben. Die finanzielle Lage der Stadt ist befriedigend. Die Umlage beträgt in diesem Jahre 25 Pfg. Der Bürgerausschuß genehmigte sodann den Vertrag mit den Architekten Maßr und Martwort in Darmstadt über die Ausführung der Bauleitung des neuen Spitals. Erledigung fand ferner die Vorlage über die Erbauung eines Schulhauses.

Gruppen ausländischer Studenten getriebene Propaganda der Ausbreitung internationaler Anschauungen Vorstoß leistet.

Sagten wir, diese Resolution sei amüstant? Ach nein, sie ist traurig und beschämend! Da beschwerten sich akademi-sch gebildete junge Männer darüber, daß ein Engländer in Deutschland in seiner Muttersprache gesprochen hat. Was der Engländer will, davon haben die verammelten 2000 Zümlinge nur eine sehr verächtliche Vorstellung. Wie sollte es auch anders sein? der größte Teil von ihnen hat anderes zu tun, als die englische Sprache zu erlernen, und außerdem lehnen sie ja in schöner Beschränktheit die Zumutung ab, sich auch nur mit Ideen zu beschäftigen, die nach ihrer Ueberzeugung deutscher Art wefensfremd seien. Deutscher Art angemessen ist der Saufkomment und der Paufkomment. Deutsche Art ist, sich eine bunte Müll-e aufsetzen und auf die „Proleten“ mit unglücklicher Beredung hinunterzublicken; für neue Ideen ein Verständnis zu gewinnen, ist unnational.

Wahrscheinlich haben die Göttinger Studenten auch einen Beitrag zur Jahrbundertfeier der „deutschen Er-hebung“ beisteuern wollen. Und sie kommen sich sicher als die würdigen Nachfolger der akademischen Jugend in der Zeit der Befreiungskriege vor. Ganz gewiß, auch die war deutsch, teutlich sogar. Sie spazierte im altheutischen Wams umher und haßte das Ausländertum, insbesondere die Französelei. Aber etwas mehr als hinter den geschneeg-ten und gefledeten Vurichen von Göttingen steckte schon hinter ihr. Die Vurichenschafter, die am 18. Oktober 1817 das Wortburgfest feierten, erschöpften sich nicht nur in Reden gegen die Fremdlinge, es ging auch gegen die „Schmalzgesellen“, und in das Feuer, das angezündet wurde, wondere ein Korporalstod, eine Schnürbrust, ein Haarzopf und die Schriften der reaktionären Hofliefer-anten vom Schläge eines Schmalz, Kampf und Dabelom. Man hatte damals noch ein Verständnis für die Freiheit und den Fortschritt! Das aber suchen wir bei den „Bor-regeisöhnchen von heute vergebens.

Zur Auffrischung meines Gedächtnisses will ich dir noch mitteilen, daß das Testament vor fünfundsiebenzig Jahren angefertigt wurde, also zu einer Zeit, als Karoline Coppin noch ein junges Mädchen war, und bald, nachdem du dich mit ihrer Schwester verheiratet hattest. Auf der Brauerei hat es der Hauptbuchhalter gesehen und in Händen ge-habt. Onkel Bunker, ehrenwerter Onkel Bunker, das Spiel ist aus.

Garry schritt nach der Tür.
„Hät du mir noch etwas mitzuteilen, ehe ich gehe. Mein nächster Weg ist zu einem Anwalt.“

„Was ist das — das — wenigste? — O, Großer Gott! — das allerwenigste, das du als Abfindung annehmen würdest? O, mach es gnädig mit mir. Habe Mitleid und Barmherzigkeit mit einem alten Manne, der in Wahrheit nur ein armer Schluder ist, obwohl schlechte Menschen ihn für reich halten. Ja, ich bin ein armer, alter Mann, der sich den Bissen am Munde abspart und jeden seiner sauer verdienten Pfennige zusammenhalten muß, wenn er nicht elendiglich zugrunde gehen will.“

„Zweitausend“, sagte Garry.
„Sage fünfzehnhundert und erkläre die Sache damit für abgetan. Es würde mir, glaube ich, möglich sein, das Geld zu borgen.“

„Zweitausend“, erwiderte Garry. „Und außerdem selbstverständlich die Säuer, die ja mir gehören.“
„Arber den Säuer? Nie! Tu dein schlimmstes und schleppe deinen armen Onkel vors Gericht, aber zwei-tausend Pfund und die Säuer, riel!“

Er schlug mit seinem Stock heftig auf den Boden, ver-triet aber seine nervöse Unruhe, indem er den Stock immer wieder von neuem durch seine Finger gleiten und zu Boden fallen ließ.

„Rein Bossenspiel, wenn ich bitten darf“, sagte Garry, „ich gebe dir fünf Minuten Bedenkzeit, oder will auch gleich zu einem Anwalt gehen, wenn dir es lieber ist.“

(Fortsetzung folgt.)

o. Bretten, 7. März. Bericht aus der Gemeindevorstandssitzung vom 7. d. Mts. Zur Errichtung eines Schlittschuhlaufplatzes sollen 1200 M. mit Genehmigung des Bürgerausschusses angefordert werden. — Zum Austritt des Bürgerausschusses ist ein Siegler zu bestellen. — Zur Unterbringung bedürftiger Veteranen sollen alljährlich 200 M. aufgewendet werden. — Zur Gewinnung von Industrie am hiesigen Orte sollen Unterhandlungen gepflogen werden behufs Abtretung von billigen Gelände. — Von der Errichtung einer Reishalle, die in der letzten Bürgerausschusssitzung angedeutet wurde, soll vorläufig Abstand genommen werden. — Die Errichtung einer Turmuhr auf dem alten St. Scheffelschen Hause wird dem Uhrmacher W. Leonhardt übertragen. — Die Einführung elektrischen Stromes wird zur Genehmigung dem Bürgerausschuß unterbreitet.

Jugendbewegung.

Korbheim, 7. März. Kommenden Sonntag, nachmittags halb 3 Uhr, findet eine Versammlung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im „Bühnenhof“ statt. Verbandsbeamter Dur schlag spricht über „Zweck und Ziele der Jugendbewegung.“ Wir richten an die jungen Leute die Bitte, diese Versammlung zahlreich zu besuchen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. März.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet 12.30 Uhr die Sitzung. Am Bundesratsisch ist Staatssekretär Dr. Solff erschienen. Die zweite Beratung des

Kolonial-Etats

wird fortgesetzt.

Herrn Solff (Soz.):

Man sollte den Gegnern nichts schuldig bleiben. Nach diesem Prinzip werde ich jetzt mit den Herren abreden, welche Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie erhoben haben. Neben polemisiert sodann gegen die Ausführungen der gestrigen Redner: Die Kritik des Herrn Baasche sei angesichts der Verhältnisse in den Kolonien eine sehr verdienstvolle Tat gewesen. Die außerordentlich hohen Ausgaben für die Kolonien ständen in keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Nutzen. Wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien in kolonialpolitischen Dingen doch etwas gelernt haben, so ist das lediglich ein Verdienst der Sozialdemokratie. (Lachen.) Im Jahre 1907 ist man dem deutschen Volk mit dem verlogenen Kolonialschwundel gekommen und hat es zu den großen Ausgaben veranlaßt. Trotz der nicht zu verkennenden wirtschaftlichen Entwicklung der Schutzgebiete hat auch im vorliegenden Etat der Reichsaufschuß eine weitere Steigerung erfahren. Die Steuererträge in den Kolonien sind gestiegen, haben aber sehr bedenkliche Nebenwirkungen gehabt. Tatsächlich wird ein Arbeitszwang auf indirektem Wege durch Steuern usw. ausgeübt. In Südafrika wurde das Verbot der Bevölkerungsausweitung besonders empfindlich. Die Prügelstrafe in den Kolonien muß abgeschafft werden. Den Schulen in den Kolonien sollte man mehr Mittel zur Verfügung stellen, damit die Regierungen nicht in den Streit der Religionschulen hineingezogen werden. Daß die Sozialdemokratie positive Kolonialpolitik treibt, beweist die Annahme mehrerer ihrer Entwürfe in der Kommission.

Herrn Baasche (Zentr.): Die in Markhaus bei Trier bestehende Kolonialtrainschule bedarf dringend der Unterstützung.

Herrn Müller-Meinigen (Fortchr. Vpt.): Das Programm des Staatssekretärs hinsichtlich der Siedlung findet unsere Zustimmung. Wir wünschen eine größere Unterstützung des kolonialen Schulwesens. Wie steht es mit dem staatlichen Revisionsschulunterricht? Die Förderung der Regierungen der Kolonien ist die beste Waffe gegen die islamistische Gefahr. Will man wirksam kolonisieren, so muß man wie in England die Religion der Eingeborenen respektieren.

Herrn Steinarth (natl.): Die koloniale Arbeit ist immer noch eine Last auf Hoffnung. Wir haben aber bereits erhebliche Erfolge aufzuweisen, namentlich hinsichtlich der Tropenhygiene. Auch das deutsche Familienleben unserer Kolonisten wirkt vorbildlich. Den Rechten der Konzeptionsgesellschaften in Kamerun ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Einer Verminderung der Schutztruppen können wir nicht zustimmen. Wir den Vorschlägen des Staatssekretärs über die Eingeborenenfrage sind wir einverstanden. Die Eingeborenen sind das wertvollste Gut der Kolonien. Ihre Vermehrung sollte möglichst gefördert werden, insbesondere durch einen ausgedehnten Sanitätsdienst. Das Kolonialamt sollte möglichst verbeiratete Beamte hinzuziehen. Unsere Kolonialpolitik kann mitwirken, Deutschland als Industriestaat unabhängig zu machen.

Herrn Dr. Dertel (konf.): Wenn auch wir Kritik üben müssen, so können wir doch sagen, daß der Staatssekretär der rechten

Mann auf dem rechten Platte ist. Ein Schulrecht muß unbedingt festgelegt werden. Unverständlich ist es mir, wie die Sozialdemokratie von unseren braven Schutztruppen sagen kann, sie hätten Lust an Menschenmord und Raubzügen. (Lachen.) (Zustimmung.) Eine Eingeborenen-Erziehung ohne Christentum ist für mich undenkbar. Die Missionen müssen kräftig gefördert werden. Ich bitte den Herrn Staatssekretär um Aufklärung, wie groß er sich die Siedlungen denkt. Ganz arme und mittellose Bauern wollen wir nicht hinausjagen. Wir haben auch nicht genügend Bauern, die Lust hätten, nach Afrika zu gehen. Wir hoffen, daß unsere Schutzgebiete zu einem Neuland werden, auf dem ein Geschlecht heranzuwächst, das bodenständig und frei bleibt.

Herrn Solff: Meine gestrigen Erklärungen über die Siedlungsfrage beruhen auf fünfzehnjähriger Erfahrung auf Samoa. Zur Schulfrage kann ich nur sagen, daß ich ein Freund jeder neuangelegten Schule bin. Die allgemeine Schulpflicht in den Kolonien würde uns bei den sieben Millionen Neger Millionen kosten. Wir müssen deshalb die Missionen unterstützen. Auch die Regierungsschulen werden vermehrt werden. Trotz aller Hochachtung für Herrn v. Lindequist muß ich an seiner Schrift über die Siedlungsfrage eine leichte Kritik üben hinsichtlich der kleinen Siedlungen. Er hat die südwestafrikanischen Verhältnisse auf die anderen Kolonien übertragen. Angehörige sind die Lindequist'schen Zahlen zurecht; für die mittleren Siedlungen sind die Schätzungen fast unmaßlich. Sechs Millionen Hektar lassen sich nicht so schnell mit deutschen Siedlern besetzen. Die Siedlungsfrage ist mehr eine politische Frage geworden, und das ist bedauerlich.

Herrn Rumm (Wirtsch. Ver.): Der eingeborenen Bevölkerung in Südwestafrika sollte möglichst Gelegenheit geboten werden, in abgetrennten Bezirken sich Großvieh zu halten. Die Religionsfreiheit in den Kolonien muß fortbestehen, nur darf nicht der Anschein aufkommen, als ob der Islam begünstigt würde. Wir wünschen Mehrausgaben zur Erhebung der Eingeborenenkultur.

Herrn Weill (Soz.): Wir haben gegen die Wirksamkeit der Konzeptionsgesellschaft in Kamerun die erheblichsten Bedenken. Die französische Gesellschaft führt immer noch in unserem neuen Gebiete ihr früheres Dasein. Es handelt sich um die organisierte Plünderung der Kolonien. Leider ist die Regierung diesen Bestrebungen nicht nur nicht entgegengetreten, sondern sie hat sie sogar unterstützt. Bezeichnend ist, daß von der deutschen Regierung Dr. Semler, der Berichterstatter der Budgetkommission für den Kolonialetat, für die Verhandlungen mit einem Interessenten-Konjunktum bezeichnet wurde. (Hört, hört!) Auch bezüglich der Bahnbauten hat sich Dr. Semler besonders engagiert.

Herrn Dr. Semler (natl.): Meine Stellung ist nicht irgendwelche unklare. Ich würde sofort die Konsequenzen ziehen, wenn mir jemand von den bürgerlichen Parteien sagen würde, daß ich dieses oder jenes versehen hätte. Ich bin vor einigen Jahren in den Aufsichtsrat der Gesellschaft Süd-Kamerun eingetreten. Ich habe einen bürgerlichen Beruf, und der ist kein Fehler. Wir können nicht alle Journalisten, Schauspieler oder sozialdemokratische Agitatoren sein (große Heiterkeit), sonst könnten auch Sie alle nicht hier sein. Denn Sie leben ja alle von dem Geschäft. (Große Lärm bei den Sozialdemokraten, lebhaftes Gebrüll.) Man frage mich, ob ich in diese Gesellschaft eintreten wollte, die namentlich mit belgischem Kapital arbeitet, um deutsche Interessen zu vertreten. Auf meine Frage antwortete das Kolonialamt und später auch die Budgetkommission, daß keine Bedenken beständen. Die Gesellschaft Süd-Kamerun hat unter meiner Leitung nichts verbrochen. Verhandlungen mit französischen Herren haben hier stattgefunden wegen der ewigen Grenzstreitigkeiten. Die Liebernahme der Kongo-Schiffahrt durch die Gesellschaft war gut und notwendig. Schon vom 1. April ab werden die Kongo-Dampfer unter deutscher Flagge fahren. (Bravo!) Dieses einfache Ding diene der Sozialdemokratie zur Verteidigung ihres Revuegelüsts wegen meiner gestrigen Rede. (Beifall bei der Mehrheit, Fischen bei den Sozialdemokraten.)

Herrn Dr. Weill (Soz.): Von einem Revuegelüst kann keine Rede sein. Ich muß mich gegen jede objektive Verhöhnung des Tatbestandes wehren. Ich wollte nur die Wirksamkeit der Konzeptions-Gesellschaft beleuchten. Wenn Dr. Semler sich durch die notwendige Nennung seines Namens beleidigt fühlt, so kann ich nichts dagegen tun. (Beif. v. d. Soz.)

Herrn Dr. Solff: Die Resolution der Budgetkommission auf Einstellung früherer Ausgaben für Schulzwecke in den nächsten Etat wird angenommen. Bei den einmaligen Ausgaben bedauert

Herrn Dove (Fortchr. Vpt.): daß für das Studium der ausländischen Kolonial- und Rechtsverhältnisse sowie des Eingeborenen-Rechtes 20 000 M. weniger eingestellt sind.

Herrn Solff: Die Fragebogen für diese Forschung sind jetzt zum größten Teil eingelaufen. Erst wenn das Resultat vorliegt, werden weitere Maßnahmen notwendig. Auf die Ausführungen Dr. Weills werde ich beim Spezialetat für Kamerun zu sprechen kommen.

Herrn Dr. Dertel: Der Rest des Etats des Reichskolonialamts wird bewilligt. Nächste Sitzung Samstag 11 Uhr: Dritte Lesung; Not-Etat, Etat der Schutzgebiete. — Schluß 6.45 Uhr.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. März.

Lohnbewegung im Tiefbaugewerbe.

Bei den Tarifverhandlungen für das Baugewerbe im Jahre 1910 hat man bekanntlich das Tiefbaugewerbe vollständig ausgeschlossen. Die Arbeitgeber weigerten sich damals, mit dieser Berufsgruppe Verträge abzuschließen, hauptsächlich deshalb, um die Löhne willkürlich festsetzen zu können. Nun sind in diesem Jahre die Tarifverhandlungen für das Baugewerbe bereits im Gange und soll den im Tiefbaugewerbe beschäftigten Arbeitern das gleiche Schicksal wie 1910 beschieden sein. Darauf lassen sich selbstverständlich die Tiefbauarbeiter in Karlsruhe nicht ein, sondern sie werden mit aller Energie vorgehen, um auch ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich festzulegen. Weil dabei keine Unternehmerorganisation in Betracht kommt, sind die Tiefbauarbeiter genötigt, bei den einzelnen Unternehmern vorzugehen. Der Anfang hierzu ist bereits gemacht.

Die Firma Grosselfinger u. Cie. in Offenburg, die es seit Jahren gut verstanden hat, städtische Arbeiten übertragen zu bekommen, die ferner immer darauf bedacht war, die Arbeiter unter den üblichen Ökonomie zu entlassen und die insbesondere sehr gerne mit italienischen Arbeitern verfährt, hat zurzeit eine größere Arbeit in dem Gelände des neuen Bahnhofs auszuführen. Die dort beschäftigten Arbeiter haben am 1. März beschlossen, der Firma nahe zu legen, mit dem Deutschen Bauarbeiterverband die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich festzulegen. Dazu scheint nun diese Firma keine Lust zu haben, denn sie schrieb an die Organisationsleitung, daß sie von einem Tarifabschlusse diesmal absehen will. — Wenn nun die Herren Arbeitgeber des Baugewerbes versuchen sollten, in Zukunft immer wieder zu behaupten, daß die Arbeiter kassienfeindlich gesinnt

seien, so ist diese Antwort doch der beste Beweis dafür, daß die Gegner des Tarifvertrages auf der anderen Seite zu suchen sind. Die Arbeiter werden zu oben erwähnter Antwort Stellung zu nehmen haben. Die Verantwortung für die entstehenden Folgen hat selbstverständlich die Firma Grosselfinger, die sich nicht nur hier, sondern auch anderwärts immer vom Tarifabschlusse drückt, zu tragen.

Bei dem Unternehmer Gustav Siegrist, der ebenfalls auf dem Bahnhofsgelände städtische Arbeiten ausführt, ist eine Verständigung mit dem Bauarbeiterverband dahingehend zustande gekommen, daß die Erdbarbeiter sofort eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde, und zwar von 45 auf 50 Pfg. erhalten. Daraus erhellt man, daß die Arbeitgeber sehr wohl die Löhne erhöhen können, daß es auch noch Arbeitgeber gibt, die ohne weitere Umstände es anerkennen, wenn betont wird, daß die gegenwärtige Lebenshaltung der Arbeiter unbedingt eine Lohnerhöhung zur Folge haben muß.

Eine solche Erkenntnis scheint bei der Firma Grosselfinger allerdings noch nicht Platz gegriffen zu haben, sonst könnte es unter keinen Umständen vorkommen, daß der Schichtmeister kurzerhand erklärte, wenn die hiesige Arbeiter nicht so wollen, dann werde ein Telegramm nach Frankfurt geschickt und sofort kommen 50 Italiener. Wenn dieser Plan verwirklicht werden sollte, dann werden wir mit aller Energie dafür zu sorgen bemüht sein, daß städtische Arbeiten nicht ausschließlich durch Italiener ausgeführt werden. Wir sind der Meinung, daß die Umlagezahler da auch ein Wort mitzureden haben, ob diese Arbeiten durch einen auswärtigen Unternehmer oder durch Italiener ausgeführt werden. Die Organisation der Bauarbeiter hat nichts dagegen, wenn im Falle mangelnder Arbeitskräfte Ausländer beschäftigt werden. Wenn diese aber herangezogen werden sollen, um den hiesigen in den Rücken zu fallen, dann werden sich die hiesigen Bauarbeiter zu wehren wissen.

Schneiderbewegung.

Von der Ortsverwaltung wird uns mitgeteilt, daß die Dresdener Abmachungen als Ganzes von dem Ado abgelehnt wurden. Der halbtägige Streik wird somit für beendet erklärt.

Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Wenn irgendwo die Arbeiterchaft sich anschießt, ihre ohnehin ungenügenden Lebensverhältnisse zu verbessern, so ist auch gleich die sogenannte unparteiische Presse bei der Hand, durch Mitteilungen allerlei unkontrollierten Gerüchte und Alarmnachrichten, die Bewegungen der Arbeiterchaft zu diskreditieren. Anders kam man eine Notiz, die gestern durch die bürgerliche Presse ging, nicht bewerten, wonach die hiesigen Malergehilfen in einer Versammlung am Donnerstagabend beschlossen hätten, am Montag in den Streik zu treten. Zunächst ist einmal ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden, viel weniger hat am Donnerstagabend eine Malergehilfenversammlung stattgefunden. Deshalb der Arbeitgeber aber ist, am Donnerstag, den 6. März, sämtliche Malergehilfen, ob organisiert oder nicht, auszusperrten. Ganze 7 Kollegen haben sich bis jetzt als ausgesperrt gemeldet. Und vollends die Unorganisierten auszusperrten, dazu fehlt den Herren aller Mut.

Aus alledem kann man nun wohl entnehmen, was für ein Interesse die Arbeitgeber an obengenannten Alarmnachrichten haben. Wir werden dafür sorgen, daß trotzdem die öffentliche Meinung nicht irreführt wird, deren Gunst sich die Herren vom Arbeitgeberverband teilweise schon verschert haben.

An unsere Mitglieder aber richten wir die Mahnung, sich durch nichts beirren zu lassen. Die Arbeitgeber werden überall verjuden, Uneingigkeit in unseren Reihen hervorbringen. Wir erwarten nach wie vor größte Ruhe und Kaltblütigkeit und hoffen von unseren Kollegen, daß sie am Montag nachmittags 4 Uhr Mann für Mann in der Versammlung erscheinen, wo über weitere Maßnahmen Beschluß gefaßt werden wird.

Die Filialverwaltung.

Marg. Vorträge.

Bei der letzten Bekanntmachung war verkündlichterweise gesagt, daß es der letzte Vortrag sei. Wir mahnen jedoch die Teilnehmer darauf aufmerksam, daß noch zwei weitere Vorträge folgen, und zwar findet der nächste am Dienstag, den 11. März, statt.

Weststadt.

Die Parteigenossen treffen sich morgen nachmittags um 5 Uhr ab im „Württemberger Hof“. Volksfreund, Leser und Freunde unserer Sache sind willkommen. Für Unterhaltung werden die Sänger vom „Sängerbund“ sorgen. Wer also einige Stunden im Kreise Gleichgesinnter sein will, der komme morgen in den „Württemberger Hof“.

Dr. Johannes Müller

hielt Mittwochabend im dichtbesetzten Vortragslokal seinen angekündigten Vortrag über „Seele und Persönlichkeit“. In einfacher, schlichter, überzeugender Weise erklärte Johannes Müller seine Auffassung über „Persönlichkeit“. Drei Eigenschaften müssen hier zu Grunde liegen: Selbstständigkeit, Selbsttätigkeit, Selbstbewußtheit. Doch das sind Ausnahmen; wir werden gleich, wir leben nicht, sind ein Zufallsprodukt aller Einflüsse, ein passives Organ des Lebens. Wir alle empfinden, daß wir nicht so leben wie wir leben sollen, nicht so sind, wie wir sein sollen. Wie können wir nun dies ändern? Durch Bearbeitung unserer Selbst? Doch wie sollen wir uns in die Hand nehmen? Mit Gewalt versuchen? Das sind Fragen, die sich klar beantworten lassen — es stellt sich heraus, daß jede Bemühung an uns selbst von vornherein das Gegenteil erreicht — das Ergebnis, ein innerer Kampf, das Gegenteil von Freiheit. Kein Mensch kann sich selbst erlösen. Die Befreiung unseres letzten Geheimnisses, unserer Seele, unseres Geistes, ist nur durch Lebenszufuhr gleicher Art möglich; die Seele steht in tiefer Beziehung zu dem Ursprung als Seins, zu dem Göttlichen. Die Seele des Menschen ist unsere Seele — das Göttliche liegt in uns verborgen — wir können uns nicht töten, nur was werden wir durch das Leben, durch das trübe Leben, nur was werden wir durch seine Einwirkung werden. Selbst, ganz von selbst muß sich der Mensch entlocken — wie das Samenorn durch Lebenskraft

Theater und Musik.

Stheater Karlsruhe.

Die Uraufführung der einaktigen komischen Oper „Die beiden Automaten“ unseres hiesigen Hofkapellmeisters Alfred Lorenz fand am Donnerstagabend statt. Gleichzeitig erzielte auch das Langdivertissement „Die Liebesgeige“ seine Uraufführung. Beide Werke fanden nach dem uns vorliegenden Bericht unseres Theaterreferenten, den wir leider wegen Platzmangel zurückstellen mußten, eine äußerst herzliche und warme Aufnahme bei dem zahlreich erschienenen Publikum. Hofkapellmeister Lorenz wurde mehrmals stürmisch vor den Vorhang gerufen und durfte prächtvolle Lorbeergeränne entgegennehmen. Ueber die Aufführung selbst lassen wir in der Montagausgabe die ausführliche Würdigung folgen. D. Red.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 8. März. C. 43. „Ein Sommernachtstraum“, phantastisches Lustspiel in 3 Akten von Shakespeare, Musik von Mendelssohn-Bartholdy. Anf. 7 Uhr, Ende 10 Uhr.
Sonntag, 9. März. A. 44. „Ariadne auf Naxos“, Oper in 1 Akt Richard Strauß, zu spielen nach Motives „Bürger als Edelmann“. 7 bis 10 Uhr. (6 M.)
Montag, 10. März. B. 44. „Goldberg“, historisches Schauspiel in 5 Akten von Geysse. 7 bis gegen 10 Uhr. (4 M.)

Die 1000. Nummer des „Theater-Courier“ ist soeben erschienen. Von den kleinsten Anfängen heraus hat sich diese, jetzt in allen Kulturkreisen gelebte Fachzeitung unter der Redaktion von Edmund Wach zu einem mächtigen Faktor im Theaterleben entwickelt, mit dem heute sämtliche Bühnen zu rechnen haben. Die Jubiläumsummer ist sehr reichhaltig und führt außer dem gutgeleiteten Bild des Herausgebers in verschiedenen Bildern den Betrieb des bedeutenden Zeitungsunternehmens dem Leser vor die Augen. Der reichhaltige Inzeratenteil bringt neben zahlreichen Geschäftsanzeigen ca. 200 Stellungsangebote und Gesuche für Bühnengedächte. Nicht nur der Besatzen, auch jeder Theater- und Kunstfreund wird seine Freunde an dieser Jubiläumsummer haben, die von der Expedition des „Theater-Courier“, Berlin D. 27, gegen Einsendung von 50 Pf. direkt bezogen werden kann.

Müsse unter dem Boden erwacht und jede Bearbeitung ein Anspitzen, ein Verbrechen am feindlichen Leben wäre — so durch die Seele. Von selbst muß der Verdröppel in Gang kommen, die lautere, reine Menschlichkeit sich entfalten. Nur pfeilen, nur unterliegen — nicht machen sollen wir das Gute in uns. Ursprünglich sollen wir werden, nicht tun „als ob“. Die Wahrheit des Menschen, die in ihm verborgen ruht, auf dem Wege der schöpferischen Entfaltung zur höchsten Blüte treiben, soll unser Bestreben sein; wenn wir im letzten Grunde aneignetes Wesen gut, ungerade gut sind, dann können wir gut werden. Der furchtbare Gegensatz zwischen unserem Wesen und Leben ist uns wohl allen schon zum Bewußtsein gekommen. Wir sind nicht sittlich, weil wir nicht leben. Seit Jahrtausenden sucht die Menschheit unter ständiger Qual — Selbstquälerei, Selbstaufopferung, Selbstaufzucht. Ursprünglich müssen wir werden, oder alle Arbeit ist vergebens. Die wahre Liebe ist ein unüberwindlicher Drang, oder man muß tun „als ob“ man liebt. Die Wahrheit unseres Selbst bringt die Erlösung, wird zur Gnade, zum Erlösung.

Wohl jeder, der aufmerksam dem perlenden Redestrom gelauscht, nahm viel mit nach Hause — zum Nachdenken, zum Nachahmen.

Die Verhaftung eines Konjuls.

Die Berliner Mäcker bringen folgende aufsehenerregende Meldung aus Karlsruhe, die hoffentlich nicht zu internationalen Verdrehungen führt: „Eine sehr peinliche Verhaftungssache hat sich hier ereignet. Auf der russischen Gesandtschaft beim Ministerpräsidenten Staatsrat Grafen Bredow de la Gardie war gestern nachmittags 2 Uhr aus Anlaß der Romanoffeier eine Galatafel angelegt, zu der auch der russische Konjul in Mannheim, Herr von Zurnühlen, eine Einladung erhalten hatte. Als der Konjul nun nachmittags auf dem Karlsrüher Bahnhof eintraf, hatte er zu Ehren des Tages seine große Staatsuniform angelegt, zu der er auch einen Degen trug. Um Aufsehen zu vermeiden, hatte er über Uniform und Degen einen schwarzen Zibildpaletot angelegt und dazu einen steifen schwarzen Hut aufgesetzt. Die beiden roten Streifen an der Höhe und die Degenspitze wurden jedoch nicht ganz durch den Paletot verdeckt und so kam es, daß Herr v. Zurnühlen bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofs-Beranda durch die Bahnpolizei erregte, die ihn kurzerhand verhaftete. Herr von Zurnühlen wurde zu der für die Galatafel angelegten Zeit vergeblich erwartet. Eine Stunde später konnte er sich den Behörden gegenüber genügend ausweisen, so daß seine Freilassung erfolgte.“

Zu dieser Nachricht wird uns gemeldet, daß Herr v. Zurnühlen bei seiner Abfahrt nach Karlsruhe auf dem Mannheimer Bahnhof ganz kurz vor der Abfahrt des Zuges eintraf, so daß er sich eine Fahrkarte nicht mehr lösen konnte. Da das Personal der Mannheimer Bahnhofsperre den Herrn kannte, so ließ man ihn durch, damit er noch den Zug erreiche. In Karlsruhe sollte nun der russische Konjul die Fahrkarte nachlösen und zu diesem Zweck dem Bahndienstbeamten vorgesetzt werden. Der Schutzmann des Bahndienstamtes, dem Herr v. Zurnühlen aufsteigt, weist er eine Uniform und darüber einen Ueberzieher trug, er achtete es nach seiner Pflichtauffassung für geboten, seinerseits die Personalien des factosehnen Passagiers aufzunehmen. Er ersuchte deshalb den Herrn, mit ihm in das nahegelegene Bahnhofs-Wachhaus zu gehen. Dort erfolgte die Feststellung der Persönlichkeit durch den Polizeibeamten, womit die Angelegenheit erledigt war. Von einer Verhaftung des Konjuls kann keine Rede sein. Es handelte sich lediglich um ein im Ueberziefer beanagtes unumtötliches Vorgehen in Frage kommenden Schutzmannes, für das, wie verlautet, der Minister des Innern Schr. v. Bodman bereits Gelegenheit gewonnen hat, dem russischen Gesandten sein Bedauern auszusprechen.

Da hatte also der Schutzmann gleich seinen Schnaps weg und jagar der Herr Minister bemühte sich selbst, um die „peinliche Affäre aus der Welt zu schaffen. Bald man mol aus Versehen einen Arbeiter, was sehr oft vorkommt, so auch er trotz seiner Unschuld. Entschuldigend oder gar Ministerbesuch: Gibts nicht.“

Die hiesige Knabenhandarbeitschule veranstaltet anlässlich des Schuljahresendes am Samstag, 8. März, von 2-7 Uhr, und Sonntag, 9. März, von 11-1 Uhr, in den verschiedenen Schülerwerkstätten (Karl Wilhelm, Schiller, Nebenhaus, Goethe, Gutenberg, Säubel, Mühlburger Schule) eine Ausstellung der im verfloffenen Jahre angefertigten Schülerarbeiten. Dabei werden die Gegenstände sämtlicher Fächer des Modellierens, Papp-, Sobel-, Schmitz- und Metallunterrichts zur Besichtigung ausgestellt werden. — Die Ausstellung bezweckt, zu zeigen, in welcher Weise und Richtung diese Nebenanstalt der Karlsrüher Volkshochschule sich betätigt, welchen Zielen sie entgegenstrebt und welche Erfolge sie erzielen hat. Wohl mag das Kennenlernen des Sachmannes da und dort noch Unvollkommenheiten entdecken; doch wird der Sachkundige bei seiner Kritik auch die erzieherischen Momente mitsprechen lassen und zugeben, daß in der Ausführung die Hand des Schülers gesehen werden darf und soll. Denn die Knaben müssen hier durch Selbsttätigkeit zur Selbstständigkeit geführt werden; das ist eine Hauptaufgabe dieses Unterrichts-zweiges. Andererseits wird sich jedem Besucher die Erkenntnis aufdrängen, daß in Bezug auf Technik, Form, Dekorativität und Tönung die Grundzüge der neuzeitlichen Richtung des Handwerks und Kunstgewerbes, nämlich Einfachheit und Zweckmäßigkeit, entsprechende Bedeutung und Anwendung gefunden haben, und daß eine solche Betätigung unserer Jugend wohl zu den geeigneten Mitteln gehört, nicht nur die Freude an der Handarbeit und den Sinn für gerechte Bewertung derselben zu wecken, sondern auch um eine ansehnliche Strecke in der künstlerischen Erziehung vorwärts zu kommen.

Die Ueberzeugung von der großen erzieherischen Bedeutung des Unterrichts-zweiges für das praktische Leben ist daher auch in alle Schichten unserer Bevölkerung eingedrungen, was schon die rege Betätigung beweist. Seit etwa 5 Jahren hat sich die Schülerzahl verdoppelt und ist im ablaufenden Schuljahre auf 1700 angewachsen, sodas durch das verständnisvolle Entgegenkommen der städtischen Verwaltung die Leitung von 86 Abteilungen möglich war. Möchten daher die Eltern und Fürsorge nicht veräumen, die Anstellungen zu besuchen und ihre arbeitstüchtigen schulpflichtigen Söhne rechtzeitig in der Knabenhandarbeitschule unterzubringen. Anmeldungen von Volk- und Mittelschülern werden noch während der Ausstellung entgegen genommen.

Verkehrsverbände. Am Montag den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, hält im Saale des Vereins, Wilhelmstraße 14, Herr Oberkonstrukt. Eug. Gressl einen Vortrag (mit Lichtbildern): „Aus dem Leben unserer heimischen Waldes“. Die Gesangsabteilung unseres Vereins wird im Anschluß an den Vortrag einige Waldlieder zum Vortrag bringen. Der Besuch der Veranstaltung ist unentgeltlich, Gastsind willkommen.

Von der Rangeschule. Das Sommer-Semester 1913 beginnt am 15. März morgens 8 Uhr mit der Aufnahmeprüfung und Einweisung der Schüler. Alle Anmeldungen sind bei der Direktion der Rangeschule, bis längstens 20. März, in die Direktion der Rangeschule zu richten. Zur Aufnahme in die untere Klasse der Rangeschule, des hiesigen Berufsausschusses, des hiesigen Berufsausschusses und des hiesigen Berufsausschusses.

Abteilung ist das zurückgelegte 18. Lebensjahr, der Nachweis über Abolvierung der 6. Klasse einer höheren Schule (Gymnasium, Oberrealschule udn.) oder einer dreiklassigen Gewerbeschule und eine zweijährige praktische Tätigkeit nötig. Ausnahmeweise werden auch tüchtige Schüler einer gewerblichen Fortbildungsschule zugelassen. Zur Aufnahme in die untere Klasse der Gewerbelehrer-Abteilung wird das zurückgelegte 17. Lebensjahr, eine mindestens dreimonatliche praktische Tätigkeit in einem größeren Vaugeschäft und außerdem entweder die erfolgte Aufnahme unter die Volksschulandabenden oder die bedingungslose Reife für die 8. Klasse einer höheren Schule anberlangt.

Verein Volksbildung. Für das Synchronorchester der Leibgrenadierkapelle am nächsten Dienstag stehen den Mitgliedern Karten zum ermäßigten Preise von 65 und 25 s (statt 80 und 40 s) zur Verfügung. Die Karten können bis Montag abend in der Geschäftsstelle, Akademiestraße 65, abgeholt werden.

Von der Brodenfammlung. Der Umzugstermin steht wieder vor der Türe. Jetzt schon wird das zurückgelegte, dessen man in nächster Zeit nicht bedarf. Manches ist kaum mehr zu verwenden, es lohnt nicht das Einpacken, Verladen, Ausladen, Wiederauspacken und Wiedereinräumen. Da kann die städtische Brodenfammlung Bahnhofstraße 82 zum Helfer werden; sie holt auf schriftliche oder telefonische Bestellung gerne alles Entbehrliche kostenfrei ab, richtet dasselbe her und verkauft es wieder für geringes Entgelt an Bedürftige. Randem Arnen kann so aus bitterster Not geholfen, manche Existenz durch Abgabe noch gut erhaltener Kleider, Möbel udn. erhalten werden. Denn was besten oft gute Zeugnisse, wenn der Arbeitsuchende in abgeriffenen, unbrauchbaren Inangue vorstrich? Wie viel Begehren kann in einen armlich ausgefachten Raum getragen werden durch das eine oder andere Möbelstück, das bis her gefest hat, durch eine Kommode, einen Tisch, Stühle, keine Schränke udn., was man ebenso notwendig brauchte und nicht beschaffen konnte.

Es wird sicherlich nicht schwer fallen, die kleine Mühe der Benachrichtigung der Brodenfammlung auf sich zu nehmen, um sich von manchen alten Anhängel zu befreien, das geradezu anfangen lästig zu werden, wenn man nur daran denken will, wie viel Gutes manchem Bedürftigen damit noch getan werden kann.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Im Kasino findet heute Samstag, abends 8 Uhr, Vorstellung statt. Am morgen Sonntag den 9. März sind zwei Vorstellungen (nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr) vorgesehen. In der Nachmittags-Vorstellung wird das gesamte kurzzeit engagierte Künstlerpersonal auftreten.

Reitendhalle Mühlburg. Am morgigen Sonntag, 9. März, werden in der „Reitendhalle“ Mühlburg, zwei Familienkonzerte ausgeführt werden, beginnend 4 und 8 Uhr, von dem Konjaltiedler- und Gebirgsjungen-Ensemble Kriegl. (Siehe Inserat!)

Str. Der Musikverein Harmonie veranstaltete am Sonntag abend in der „Reitendhalle“ unter großer Beteiligung seiner Mitglieder und Freunde einen „Sünen Abend“, der in allen Teilen einer sehr guten Verkauf nahm. Eingeleitet wurde der Abend durch das Salonorchester mit Vortrag der Ouvertüre zu „Messandro Strabella“ von Ploster. Herr Ludwig Hube leitete durch Wiederholung einer Sonate von Mozart Zeugnis seines reichen Könnens und künstlerischen Strebens ab. Große Freude bereiteten einige Kinder, Teilnehmer an den Unterrichtskursen, mit dem Vortrag der „Kleider-Symphonie“ von Sabin. Den besten Erfolg errang der Humorist Fritz Groß, Baden-Baden mit seinen Originalvorträgen, von denen besonders die „Parade an Straßburg“ hervorzuheben sind. Das Salonorchester gab der Veranstaltung durch Vortrag klassischer und moderner Musikstücke einen gediegenen Rahmen. So war es allen Kräfte gelungen, der Veranstaltung einen vornehmen familiären Charakter zu geben. Der 1. Vorsitzende, Herr Köpfel, sprach allen Mitwirkenden und insbesondere dem Leiter des Abends, Herrn Karl Böhringer, herzlichen Dank für das Gebotene.

Propaganda für die Parteipresse!

Für die auf Anweisung der Kreisvorsitzenden allerorts vorbereitete Agitation für den „Volkfreund“ zum 1. April kann von uns ein Flugblatt zur Unterstützung der Propaganda bezogen werden. Die Vorsitzenden der Parteimitgliedschaften, oder unsere Hilfskassen, wollen das Material alsbald direkt von uns verlangen. Karlsruhe, den 8. März 1913.

Verlag des „Volkfreund“.

Aus dem Lande.

Etlingen. — Sozialdem. Verein. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute abend in der „Blume“ stattfindende Parteiverammlung aufmerksam gemacht.

Baden-Baden. — Vorantragsberatung. Während im vorigen Jahre kurz nach der Neuwahl die Vorantragsberatung zwei Tage beanpruchten, war sie in diesem Jahre an einem Tage erledigt und wenn die Sozialdemokraten nicht gewesen wären, hätte man jedenfalls wie in früheren Jahren, bloß drei Stunden gebraucht. Die Liberalen, die mit so vielem Geräusch ins Rathaus eingezogen sind, haben sich bereits die Zähne ausgebissen und die Bürgervereinerung ist ihrer Tradition treu geblieben und hat sich wiederum in Lobhudeleien ergangen. Der Oberbürgermeister eröffnete die Beratung mit einem optimistischen Ausblick auf das kommende Geschäftsjahr. Er betonte dabei in der Hauptsache, daß es nun schon zum drittenmale möglich sei, die Umlage in derselben Höhe zu halten, trotzdem die Stadt mitten in großen Unternehmungen steht und die Ausgaben um ein beträchtliches gestiegen seien. Diese günstige Finanzlage resultiere aus dem großen Anwaschen der Steuerkapitalien, die sich im vergangenen Jahre um 20 Millionen erhöht haben. Kurz streifte er auch die Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung und die Frankenhaussfrage.

Die Liberalen und die Bürgervereinerung waren voll des Lobes über die Stadtverwaltung und so blies es uns überlassen, auf verschiedene Unterlassungen hin aufmerksamer zu machen und das Budget unter die kritische Lupe zu nehmen. Wir machten dem Oberbürgermeister auf sein im vorigen Jahre gegebenes Versprechen in Sachen des Frankenhausbauwerks aufmerksam; erinnerten auch an den so notwendigen Neubau eines Volkshauses für Lichtenal und sprachen unser Bedauern aus über die unzureichenden Maßnahmen gegen die Teuerung; wir führten weiter aus, daß wir eine Resolution betr. Einführung der Wächterfreiheit und die Einführung von Arbeiter-Wohnstätten für die städt. Straßbahnen einbringen werden. Jedemfalls, am einer prägnanten Forderung auf unsere Anliegen aus dem Wege zu gehen, erging sich der Oberbürgermeister in „wärtelichen Ermahnungen“ über unsere Fraktionsredner. In bezug auf die Frankenhaussfrage führte er aus, daß gegenwärtig die Pläne am fertigestellen sind und die Sache sich nur dadurch verzögere, daß die Stadtverwaltung noch vier weitere Gutachten einholte. Betreffs der Einnahmen nach Thermalwasser führte er aus, daß die Regierung Einnahmen erhoben habe, die aber, wie aus den Verhandlungen zu entnehmen sei, bald behoben sein dürften.

unser Fraktionsredner. In bezug auf die Frankenhaussfrage führte er aus, daß gegenwärtig die Pläne am fertigestellen sind und die Sache sich nur dadurch verzögere, daß die Stadtverwaltung noch vier weitere Gutachten einholte. Betreffs der Einnahmen nach Thermalwasser führte er aus, daß die Regierung Einnahmen erhoben habe, die aber, wie aus den Verhandlungen zu entnehmen sei, bald behoben sein dürften.

In der Spezialdebatte hatten wir auch diesmal wieder eine Menge Wünsche und Forderungen. Der von den Fraktionsmitgliedern und uns gestellte Antrag auf Aufhebung des Oktroi auf Kohlen und Fische fiel leider auch diesmal wieder unter den Tisch, obgleich dies eine wirksame Maßnahme gegen die Teuerung gewesen wäre. Mit Nachdruck unterstützten wir die Forderung nach Kinder- und Jugendpielen und machten auch diesbezügliche Vorschläge für geeignetes Gelände. Hoffentlich wird damit endlich mal ernst gemacht. Zum Punkt Vadanstalten waren wir leider gezwungen, die alten Pläne vom vorigen Jahre vorzubringen, da gerade auf dem Gebiet hier noch Verhältnisse herrschen, die einer Aderstadt nicht würdig sind. Es ist bezeichnend, daß es gerade ein Liberaler war, der sich als freiwilliger Regierungskommissar ausspielte und darauf abhob, man solle in diesbezüglichen Einnahmen doch „mehr bescheiden“ sein, da die Stadt für derartige Anstalten die hohe Summe von 5000 M. brauche. Er machte sich jedenfalls dabei nicht bemüht, welche Satyre er auf seine Vaterstadt gemacht. Auf jeden Fall hat der betreffende Herr keine Ahnung von dem wirtschaftlichen Wert der Volksgesundheit. In Anbetracht der hohen Summen, die für Unterhaltungen und Vergnügen der Bemittelten hier ausgegeben werden, verlangten wir beim Punkt Kunst und Wissenschaft, daß auch mehr wie bisher für Volksbildung getan werde, daß die Volkstage im Rathaus abgehalten werden sollen, um deren Wert zu erhöhen und daß endlich auch daran gedacht werden solle, Volksdarstellungen im Theater abzuhalten. Auch für die Volksbibliothek hatten wir mehrere Wünsche vorgebracht. Der Oberbürgermeister versprach die Erfüllung der einzelnen Wünsche. Betreffs der Teuerungszulagen für die Beamten und Arbeiter erklärten wir unsere Zustimmung, erklärten aber, daß wir sie nach unten steigeren bereit wären und daß die Teuerungszulagen für die Arbeiter unzureichend sind. Wir betonten, daß es Pflicht der Stadtverwaltung sei, durch entsprechende Maßnahmen die gesamte Einwohnerschaft vor der Teuerung zu schützen. Die Einführung des obligatorischen Leichenhallenzwanges und die Errichtung einer Leichenhalle in Lichtenal und sonstige kleinere Wünsche waren die Forderungen, die wir zum Punkt Friedhofskasse stellten. Da auch Mittel für den Jungendentschlandbund vorgezogen waren, erklärten wir, daß wir dieselben ablehnen, daß es uns weit lieber wäre, wenn die Stadt die Exerize tatkräftiger unterstützen würde, die sich die Befämpfung des Alkohol zur Aufgabe gestellt haben.

Beim Budget der Kurverwaltung, das sehr hohe Summen aufweist, führten wir aus, daß es uns schwer fällt, diese Mittel zu bewilligen, die zu einem großen Teil den Parassiten der Gesellschaft zugute kommen, daß wir aber die Notwendigkeit dieser Ausgaben verstehen. Auch hatten wir bei diesem Punkt verschiedentlich Kritik zu üben. Zum Verkehrsamt machten wir Vorschläge betreffs Fragebogenverteilung an hier wohnhaft gewesene Fremde. Ein Hotelier trat dieser Anrede entgegen. Wie es scheint, wollen die Herren sich nicht in die Karten sehen lassen. Der Oberbürgermeister riige den Ausdruck „Parassiten“ und gab nochmals dem sozialdemokratischen Stadterordneten väterliche Ermahnungen und ersuchte sie, sich maßvoller zu verhalten, um die Ruhe des Kollegiums nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Das wird uns jedoch auch in Zukunft nicht abhalten, das Kind beim rechten Namen zu nennen und, um die „Ruhe“ nicht zu stören, werden wir auf den Geschäftsordnungsparagrafen hinweisen, der besagt, daß Beifallsbezeugungen nicht gemacht werden dürfen.

Die Schlussabstimmung ergab die einstimmige Annahme des stadtträchtigen Antrags, der eine Umlage von 30 Pfg. auf 100 M. Steuerwert des Eigenschaftsvermögens, 15 Pfg. auf 100 M. Kapitalvermögen und 48 Pfg. auf eine Mark Einkommensteuerwert festsetzt. Damit war die Sitzung beendet. Die sozialdemokratische Fraktion hat ein großes Stück Arbeit geleistet und gezeigt, daß sie bestrebt ist, im Interesse der gesamten Einwohnerschaft mitzuarbeiten am Wohle unserer Stadt.

Offenb.

* Offenburger Weinmarkt. Bei dem am kommenden Dienstag, 11. März, hier stattfindenden Weinmarkt, zu dem die Anmeldungen zahlreicher als erwartet eingegangen sind, kommen bei einem Quantum von 5050 Hektoliter 229 Kruben der verschiedensten Jahrgänge und Weinorten zur Auswahl.

* Jahr, 6. März. Gestern wurden hier zwei gut gekleidete Männer verhaftet, die sich durch den Verlauf wertvoller Straußfedern gegen geringes Geld verdächtig gemacht hatten. Als man sie hier näher untersuchte, entdeckte man bei dem gefährlichen Vurschen ein komplettes Einbrecherhandwerkzeug gefährlichster Art; Dubende von Dietrichs, Brecheisen, Diamanten, Nachschlüssel, Messer und eine größere Summe Geldes, auch einen Totschläger. Eine Namensangabe betrieuerte der eine von ihnen; ob der andere seinen richtigen Namen angegeben hat, ist nicht sicher. Die beiden Verdächtige führten laut „Jahr, 6.“ ein teilweises in französischer Sprache geschriebenes Verzeichnis hiesiger Firmen mit sich. Es scheint sich um internationale Gauner zu handeln. Die Straußfedern stammen wohl aus dem Einbruch, der Mitte Januar in Straßburg verübt wurde und bei dem die Diebe große Beute gemacht haben.

r. Heidelberg, 7. März. Fünf Arbeiter verschüttet. Der große Tunnelbau durch den Künigsstuhl konnte vollendet werden, ohne daß Menschenleben glücklicherweise zu beklagen waren. Die Fortsetzung der Bahnbauarbeiten am Karlsbör sind nun vom Glück weniger begünstigt. Am Freitag (7. März), mittags, einige Minuten nach 12 Uhr, setzte sich die Erdmaße einer circa 5 Meter tiefen Stelle in Bewegung und begrub 5 dort beschäftigte Arbeiter unter sich. Zwei davon blieben anscheinend unverletzt, zwei befinden sich im Krankenhaus und einer, der 21jährige ledige Arbeiter Teng aus Sandshausheim wurde so schwer getroffen, daß er sein Leben dabei einbüßte. Es besteht die Annahme, daß die Baustelle auf einer Seite nicht genügend abgesichert war und der Schnellzug den dort angesehneten Erdboden in Bewegung setzte. Der Vorarbeiter der einen Firma soll verhaftet sein. Beteiligt an der Baustelle ist die Firma Holzmann, Frankfurt, und F. Schmidt, Heidelberg.

* Vom Oberrhein, 7. März. Die Oberrheinschiffahrt konnte trotz des gegenwärtigen niederen Wasserstandes bisher aufrecht erhalten werden. Das ist vor allem der Rheinregulierung zu danken. Der Schiffsverkehr war im Mehrer Saften im vergangenen Monat sehr lebhaft. Die Zufuhr betrug 19 472 T. die Abfuhr 5011 T., was gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahre eine ganz bedeutende Verkehrszunahme darstellt. Die Fahrten nach Basel sind allerdings schon seit längerer Zeit eingestellt.

* Freiburg i. Br., 7. März. Auf dem gemauerten Dampboot S 178 befand sich auch ein Freiburger. Nach der Verhaftung des Reichsmarineministers ist unter den Vermittlungen auch der Oberbürger Fischer von Freiburg, dessen Großvater Bischof Fischer hier lebte.

* Mannheim, 7. März. Der Kapellmeister der hiesigen Grenadierkapelle Obermusikmeister W. Bollwage tritt am 1. April d. Js. in den Ruhestand.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer. Sitzung vom 6. März.

In dem ersten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem zweiten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem dritten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem vierten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem fünften Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem sechsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem siebten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem achten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem neunten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem zehnten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem elften Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem zwölften Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem dreizehnten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem vierzehnten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem fünfzehnten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem sechzehnten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem siebzehnten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem achtzehnten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem neunzehnten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem zwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem einundzwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem zweiundzwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem dreiundzwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem vierundzwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem fünfundzwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem sechsundzwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem siebenundzwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem achtundzwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem neunundzwanzigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

In dem dreißigsten Falle der heutigen Sitzung handelte es sich um eine Verurteilung, die das Gericht schon einmal bestritten hatte, wegen Ladung weiterer Zeugen damals aber verurteilt worden mußte.

Pfarrer und erklärte durch den Staatssekretär von der Rede, nur unter dieser Bedingung und nach der noch ausstehenden Erledigung des Etats die Forderungen der Mehrheit anzunehmen, die namentlich auf Verhinderung des Zustandekommens einer Wahlrechtsänderung hinauslaufen.

Besprechungen über die Heeresvorlage.

Berlin, 7. März. An der Konferenz über die Deckungsvorlage werden außer dem Finanzminister auch die leitenden Minister der größeren Bundesstaaten teilnehmen.

Die Zusammenkunft des Reichskanzlers mit den bürgerlichen Parteiführern hat heute nachmittag während der Plenarsitzung des Reichstages stattgefunden. Sie diente der Anhörung eines Referats des Kriegsministers über den beiläufigen Inhalt der Heeresvorlage.

Der belgische Wahlrechtskampf.

Brüssel, 7. März. Bei der Konferenz, die heute die Bürgermeister der großen Städte mit dem Ministerpräsidenten de Broqueville hatten, erkannte dieser an, daß mit der Aufhebung der Generalstimmrecht eine durchaus neue Lage geschaffen sei.

Zur französischen Militärvorlage.

Paris, 7. März. Die sozialistische Gruppe wird einen Resolutionentwurf einbringen, in dem die Regierung aufgefordert wird, den europäischen Staaten eine progressive gleichzeitige Herabsetzung der Rüstungen vorzuschlagen.

Der Kampf um die kanadische Flottenvorlage.

London, 7. März. Seit achtzig Stunden währt im kanadischen Unterhaus in Ottawa der Kampf um die Regierungsvorlage, die den Bau von fünf Dreadnoughts für die britische Flotte fordert.

Wasserstand des Rheins.

8. März. Schifferinsel 0,91 m, gest. 5 cm, Rehl 1,72 m, gest. 4 cm, Maxau 3,23 m, gest. 1 cm, Mannheim 2,40 m, gest. 2 cm.

Briefkasten der Redaktion.

Aus bei Durlach. Das muß doch jeder wissen, der eine Zeitung liest, daß Borchard und Reinert Sozialdemokraten und keine Christlich-Soziale sind.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Steinarbeiter-Verband.) Samstag, 8. März, abends punkt halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung. Lokal: „Großherzog-Friedrich“, Ede Eschenwein- und Weidenstraße.

Reinhold Gerling's grosser wissenschaftlicher Lichtbilder-Vortrag

nur für Damen über: Was die Frau vom Liebesleben und den Charaktereigenschaften des Mannes wissen muß

Montag den 10. März, abends 8 1/2 Uhr im Hofschuß-Palast (Gartenstraße).

Liebe ist des Weibes Beruf

und wir alle kennen nur den höchsten Wunsch, es in der Hand zu haben, unser Liebes- und Familienleben glücklich zu gestalten.

Wichtig für jede Frau und Mutter!

Das intime Buch der Frau

Ein Führer durch das Eheleben für denkende Frauen! Inhalt: I. Die Berufe der Frauen: Die Verteilung der Tugenden. — II. Die Erziehung der Mädchen...

Das hochelegante Werk kostet M. 2.—; während der Vorträge in Karlsruhe jedoch nur Mark 1.25.

Reinhold Gerling's grosser wissenschaftlicher Lichtbilder-Vortrag

nur für Herren über: Was der Mann vom Empfindungs- und Geschlechtsleben des Weibes wissen muß

Dienstag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr im Hofschuß-Palast (Gartenstraße).

Mein intimer Briefwechsel.

Aus dem Inhalt: Leiden der Frauen in der Ehe; Schwangerschaftsbeschwerden. — Schwere Geburten. — Fehlgeburten. — Abnahme der körperlichen Kraft.

Das intime Buch der Frau und „Mein intimer Briefwechsel“ zusammen Mark 2.—.

Hedwig Kröning, Stuttgart, Alte Weinsteige Nr. 58.

Neues vom Tage.

Zum Torpedobootsunglück.

Berlin, 7. März. Sämtliche hier in Berlin akkreditierten Weiche haben, wie das Depeschenbureau Gerold erfährt, im Laufe dieser Tage teils durch ihre Vertreter, teils durch ihre Marineattachés dem Staatssekretär des Reichsmarineamts ihre Teilnahme an dem Untergang des Torpedobootes S. 178 auszusprechen lassen.

Todesurteil.

Lübeck, 7. März. Der Leichnamtrotz Landherr wurde vom Schwurgericht in Lübeck zum Tode verurteilt.

Ein Kammerdiener des Kaisers verurteilt.

Paris, 7. März. Aus Epervay wird gemeldet: Der frühere Kammerdiener des deutschen Kaisers, Skowronski, wurde gestern zu drei Tagen Gefängnis wegen Einbruchsdiebstahls verurteilt.

Letzte Nachrichten.

Aus dem Rudolstädter Landtag.

Rudolstadt, 7. März. Im Landtage von Schwarzburg-Rudolstadt ist eine neue Krise eingetreten. Die sozialdemokratische Mehrheit lehnt die Erhöhung der Farrgebälter grundsätzlich ab.

Samstag
Sonntag
Montag

Starkbier Brauerei im Stehwagen

aus der
A. Printz

Rüppurrer
Uebergang

H. Köhlig.

Pfannkuch & Co

Neu eingetroffen
der erste Waggon
neue

Malta-Kartoffeln

3 Pfd. 30 Pfg.
10 Pfd. 95 Pfg.

Ein Waggon neue

Algier-Kartoffeln

3 Pfd. 40 Pfg.
10 Pfd. 1.30 M.

Ein Waggon

Holländer

Rotkraut

Kopf 28 und 30 Pfg.

Weißkraut

Kopf 20 Pfg.

Ein Waggon

Stattener

Blumenkohl

Kopf 20 und 22 Pfg.

Schwarz-wurzeln

Pfd. 20 Pfg.

Frischer Pariser Kopfsalat

3 Kopf 40 Pfg.

Große Stattener Zwiebeln

Pfd. 8 Pfg.

Mittelgroße sächsische Zwiebeln

Pfd. 5 Pfg.

Schneidebohnen

(Brühbohnen) Pfund 18 Pfg.



Große Posten bessere Herren-Kleider-Stoffreste

sind enorm billig abzugeben.
Arthur Baer
Kaiserstr. 133
1 Treppe hoch
Eingang Kreuzstrasse.
Lagerbesuch sehr lohnend.
Muster werden keine ver-
abreicht. 5789

Zum Wohnungs-Wechsel

Auf Kredit unter strengster Diskretion liefere ich sämtliche

Möbel-Betten-Aussteuern

Komplette Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer
Salons, Herrenzimmer, Küchen-Einrichtungen in jeder
Preislage

in jeder Holz- und Stilart

Zu ganz aussergewöhnl. günstig. Zahlungsbedingungen bei bedeutend ermässigten Preisen.

Allen Brautpaaren

denen die Beschaffung der Möbel zur Gründung ihres Heims Schwierigkeiten bereitet, biete ich die Möglichkeit, zur Erlangung ihres Glückes auf einfachste, leichteste Weise, sich eine gut bürgerliche Wohnungs-Einrichtung zu leisten.

5862

Kredithaus Ittmann Karlsruhe

Karl-Friedrichstrasse 24 (Rondellplatz).

Sehenswerte Geschäftsräume. Franko-Lieferung nach auswärts. Auch Eingang durch das Hoftor.

II. Öffentl. Schuhmachermeister-Versammlung.

Hiermit werden die Schuhmachermeister von Karlsruhe zu einer II. öffentlichen Versammlung auf

Montag, den 10. März 1913, abends 1/2 9 Uhr

in die „Restauration zum Palmengarten“, Saal, Herrenstrasse 34a freundlichst eingeladen. 5858

Tagesordnung: 1. Aushändigung der Preistarife.
2. Einführung derselben.
3. Wünsche und Anträge.

Die Kommission.

Handelschule der Stadt Karlsruhe. Jahresprüfung.

Die Prüfungen finden in der Weise statt, daß allen Interessenten Gelegenheit geboten wird, am

Montag, den 10. März ds. Js.

dem stundenplanmäßigen Unterricht zu den nachgenannten Zeiten im Schulhaus „Gartenstraße 22“ anzulohnen.

Zeit	Zimmer Nr.	Klasse	Unterrichtsgegenstand
8-9 ⁰⁰	15	B 1 ^a	Geographie und Warenkunde
9 ⁰⁰ -9	"	*A 2 ^a	Berufskunde
9-9 ⁴⁵	"	**J ^b	Buchhaltung
9 ⁴⁵ -10 ¹⁵	"	"	Englisch
10 ¹⁵ -10 ⁴⁵	"	"	Geographie und Warenkunde
10 ⁴⁵ -11 ³⁰	"	**Ja	Handelskunde
11 ³⁰ -12	"	"	Rechnen
12-12 ³⁰	"	"	Französisch.

* Berufungsklasse. ** Jahresklassen.
Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis mit dem Erlauchen, um zahlreiches Erscheinen der Prinzipale der Schüler und aller Freunde des kaufmännischen Bildungswesens. 5870

Karlsruhe, den 8. März 1913.

Der Handelschulvorstand.
Stemmer, Rektor.

Bekanntmachung.

Herr Fabrikant Bernhard Fuchs überreichte mir heute namens der Inhaber der Firma S. Fuchs & Söhne in ehrenden Andenken an deren verstorbenen Mutter die Summe von 1000 M. zur Verwendung für Unterstützungsbefürzte ohne Unterschied der Konfession. Für diese reiche Spende spreche ich namens der Bedachten den herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, den 6. März 1913 5821

Der Oberbürgermeister:
Siegrist.

Metropol Theater.

Schillerstrasse 22
(Ecke Goethestrasse).
Von Samstag den 8. bis
inkl. Montag den 10. März
Kino-Zeitung des Metro-
pol-Theaters.
Der Held des Tages.
Humoristisch.
Die Federn des Pfauens.
Dramatisch.
August der Wahrsager.
Sehr humorvoll.

Das Wunder.

Fein inszen. Drama i. 3 Akt.
Pygmalion und Galatea.
In einer Reihe szenischer
Bilder von wunderbarem
Reiz hat hier eine der
schönsten Sagen des klassi-
schen Altertums Gestalt
genommen. 5889
Onkel Kühn aus Neuruppin
köstliche Humoreske.
Ein Lebenslied.
Fesselndes Drama in 2 Akt.
Die Felsenschlucht der
Schöllenen an der Gott-
hardstrasse. Hochint.

Brennholz

vorzügliches Hartholz
gespalten, per Zentner
1 Mark ab Fabrikhof
fortwährend zu haben.

Südd. Furnierfabrik

Werderstr. 7/9.
Harzer Kanarienhennen
sind noch zu haben. 5815
Wilhelmstraße 72, 4. Stod.

Konfirmanden- u. Kommunikanten-Anzüge und Stiefel

solwie alle anderen Sorten
Schuhwaren
werden billig verkauft
Markgrafenstr. 22
Ede. 5791

2 schöne, polierte Bettstellen

je mit Rost und Matratzen und
Reißkissen für 100 Mark zu ver-
kaufen. Leopoldstr. 46 I.

Herrenrad, elegantes, mit

Jadenkleid, weißes Stickerleib,
nur einmal gefahren, ist um-
ständhalber sehr billig zu ver-
kaufen. Kriegstr. 152,
Gartenhaus, 3. Stod. links. 5859

Glämerstr. 7, 5. St., Mühl- burg, ist ein möbl. Zimmer zu vermieten.

Pieg- und Sigwagen

noch wie neu, sehr billig, zu
verkaufen. Belkisenstr. 25, IV.

Licht-Spiele

Herrenstr. Nr. 9 u. 11
Schönstes und Größtes
Lichtspiel-Theater am
Platze. 5865

Spiel-Plan

für Samstag, 8., Sonn-
tag, 9., Montag, 10. u.
Dienstag, 11. März
Elite Dramen- und
Komödien-Programm

Drama! Novität!
Der wiedergefundene
Bruder
Soziales Lebensbild.

Sensation! Sensation!
Don Juan
in Verhannung

Lustspiel in II Akten.
Erstklassige Attraktion.

Attraktion! Attraktion!
Der verschollene
Erbe

amerikanischer Schlager
ergreifend realist. Drama.

Lichtspiel-Zeitung
Bericht-Erstattung aus
aller Welt.

Noch 4 Neueste 4 hier
noch nicht gezeigte Sujets

Hervorragend künstlerisch
musikalische Illustration.

Photogr. Meß

Werderstraße 31, liefert
Konfirmanden-Bilder
12 Visiten, glanz von 1.80 M. an
Cabinet " " 4.80 M.
Postkarten, glanz v. 2.50 M.

Residenz-Theater

Waldstr. 30.
Programm
vom Samstag 8. bis incl.
Dienstag den 11. März 1913.

Der Ritter Siegfried

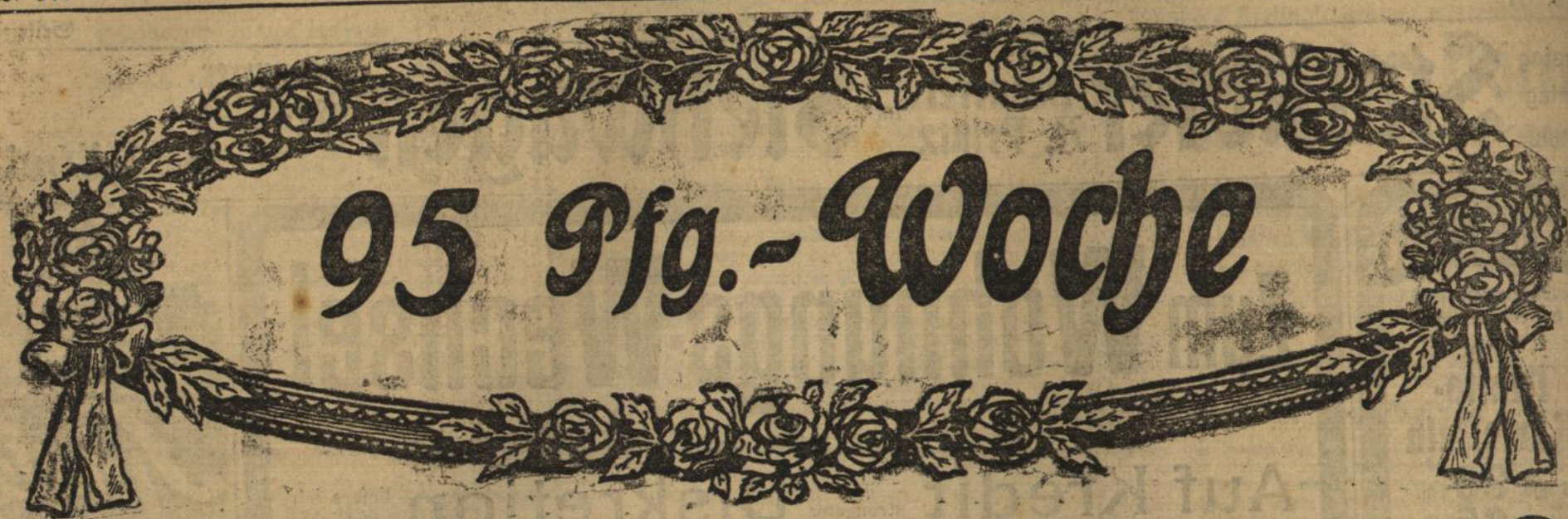
Drama.
Die Brieffaube
Naturaufnahme.

Sensationelle Neuheit
„Ulrich im Film“
Fritzen beim
Kartenspiel
Humoreske, gespielt von
Littie Abelar.

Neueste Berichterstattung
durchs Pathé-Journal.

Moritz geht in die eigene Falle

Humoreske von J. Berr de
Turique, gespielt v. Prince.



95 Pfg.-Woche

GROSSE ERSPARNIS

beim Einkauf hat jede Hausfrau, wenn Sie meine Sonder-Auslagen einer Prüfung unterzieht. Nur wirklich solide Waren zum Einheitspreise von 95 Pfg. rechtfertigen den Ruf meiner ausserordentlichen Leistungsfähigkeit. :: :: ::

Große Sonder-Auslagen
Wäsche Herren-Artikel
Schürzen Handarbeiten

Auf sämtliche regulären Waren, mit Ausnahme einiger Marken-Artikel, Kurzwaren und Garne
doppelte Rabattmarken.

Große Sonder-Auslagen
Strümpfe Modewaren
Handschuhe Taschentücher

Paul Burchard Kaiserstr. 143.

Festhalle Durlach.
 Sonntag, 9. März, abends 7 Uhr beginnend,
Großes musikalisch-humoristisches Konzert

ausgeführt von der
Durlacher Feuerwehr-Kapelle und den
 beliebtesten Humoristen **Fröhlich-Stauch**.
 Auserwähltes, heiteres Musikprogramm.
 Neueste Schläger! u. a.: „Die Heimkehr vom Starkbierfest“,
 „Der deutsche Michel in Originaltracht“ (Fröhlich),
 „Durlacher Schwarzbundel“ etc.
 Eintritt 20 Pfennig.
 Zu dieser Veranstaltung ladet freundlichst ein
W. Zipper.

Billige Schuhwaren!

kaufen Sie stets in nur guten Qualitäten bei
W. Krüger, Auktionsgeschäft u. Schuhlager
 Adlerstraße 40, b. Hauptbahnhof.
 Besonders empfehle:
Kinderstiefel,
 25-26 Nr. 3.00, 27-30 Nr. 3.75, 31-35 Nr. 4.25.
 Auf Winterwaren **25% Rabatt.**

Fahrnis-Versteigerung.

Aus einem Nachlasse werden im Auftrage am Montag den
10. März l. J., nachmittags 2 Uhr, Bahnhofstr. 42 (jetzt
 Baumeisterstraße 42) versteigert als:
 3 vollständige Betten, Schiffschere, Schränke, Kommode,
 1 Schreibkommode, Waschtische, Nachttisch, Tisch, 1 Sofa,
 Stühle, Spiegel, Bilder, Vorhänge, Portieren, 1 Herd mit
 Kupferkessel, Küchenschrank, Schäfte, Küchentisch, 1 Ständer
 mit Wollnen, Jäger-Geschirr und verschiedener Hausrat
 wozu einladet
L. Ph. Dressel, Taxator und Auktionator,
 Werberstraße 49.

Vollständiges Bett, 25 M.,
 Waschtisch, Nachttisch, Stuhl
 und Handtuchständer (weiß),
 15 M., Sofa m. 2 Fontänen,
 1 u. 2 St. Sesseln, sehr billig
 abgegeben. Ludwig Wilhelm-
 Straße 18, Hof. 5830

Kleiderstoffe in enormer
 Auswahl
 kaufen Sie billig im
Kaufhaus Zapf,
 Zell a. H.
 Restposten weit
 unter Preis finden
 Sie stets am Lager.

Achtung! Für Schuhmacher!

S. Hertel, Karlsruhe, offeriert eine große Partie fein
 gegerbte **Vachecroupon** 7 bis
 10 Pfd. in Sortiment B **2.20**
 in A **2.35** per Pfund, ferner
 ganz reine **Zahmkuh-Sohllederoupon**, 9-11 Pfd., per
 Pfund **2.65**, nur gegen bar, nach auswärts **Nachnahme.** 5801

„**Gasthaus zum Ritter**“, Kronen-
 str. 46.
 Morgen, Sonntag, den 9. März:
Großes Starkbierfest
 (Ausschank von **Albertus-Bräu**).
 Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein
Johannes Dieck. 5804

Zur Kommunion

empfehlen wir unsere preiswerten Anzüge aus

Kammgarn, Cheviot, Tuch und Twill.

Unsere Hauptpreislagen:

850 1075 1250 1500 1900 2500
 M. M. M. M. M. M.

Reichhaltige Auswahl in I- und II-reihigen Façons.

Kaiserstrasse 115
 Rabattmarken

Dreyfuss

Ecke Adlerstrasse
 Rabattmarken

5863